



bauhaus now

Das in regelmäßigen Abständen in zwei Sprachen erscheinende Magazin geht ab Herbst 2017 der Frage nach, wo, in welcher Form und unter welchen Voraussetzungen das Bauhaus als Idee und Vorbild noch heute spürbar ist – und welche Aktualität, Relevanz und Validität ihm auch knapp 100 Jahre nach seiner Gründung zukommen. Hierfür lässt bauhaus now internationale Akteure zu Wort kommen, die sich mit Fragen der Gestaltung und Stadtplanung auseinandersetzen: Designer und Architekten, Künstler und Forscher, Kritiker und Utopisten.

bauhaus now #3

Mehr erfahren

[Das Jubiläum](#)[Projekte](#)

Neue Bauhausmuseen



Anlässlich des 100-jährigen Bauhaus-Jubiläums entstehen drei neue Museen in Weimar, Dessau und Berlin. Sie sind Begegnungsorte, Kulturzentren, Bildungslabore und Veranstaltungsbühnen.



Das Jubiläum ▶ Projekte ▶ Jubiläumsausstellungen ▶

Das Bauhaus kommt aus Weimar

Klassik Stiftung Weimar



Im April 2019 eröffnet die Klassik Stiftung Weimar das neue bauhaus museums weimar und zeigt dort erstmals umfänglich seine



mittlerweile auf 13.000 Objekte angewachsen. Dazu zählen Objekte wie die berühmte Tischlampe von Wilhelm Wagenfeld und Carl Jakob Jucker, die Teekanne von Marianne Brandt, der Lattenstuhl von Marcel Breuer, Keramiken von Theodor Bogler und Teppiche von Gunta Stölzl und Gertrud Arndt ebenso wie Arbeiten von Paul Klee, Peter Keler und László Moholy-Nagy. Eindrucksvolle Gemälde wie Lyonel Feiningers „Kirche von Gelmeroda X“ und Paul Klees „Wasserpark im Herbst“, herausragende Möbel von Mies van der Rohe und die Sammlung Ludwig bieten einen hervorragenden thematischen Überblick über die Entwicklung der einflussreichsten Design- und Kunsthochschule des 20. Jahrhunderts.

Neben Designikonen und bislang nicht gezeigten Zeitdokumenten stehen die großen

Durch die Nutzung dieser Webseite erklären Sie sich mit der Verwendung von Cookies einverstanden. Detaillierte Informationen über den Einsatz von Cookies auf dieser Webseite und zu den Widerspruchsmöglichkeiten erhalten Sie in unserer **Datenschutzerklärung**.

Verstanden

Besuchern bietet die Ausstellung viele sinnliche Erlebnisse – etwa im Bühnen-Raum, der von den multimedialen Experimenten László Moholy-Nagys inspiriert ist – ebenso wie praktische Werkstatteerfahrungen von der Buchbinderei wie zu Zeiten des Bauhauses bis hin zum 3D-Druck. Das Museum geht unter anderem den vielfältigen pädagogischen Ansätzen am Weimarer Bauhaus nach. So thematisiert es die Standardisierung und Vermessung des „Neuen Menschen“ und beschäftigt sich am Beispiel vom Haus Am Horn damit, wie das Bauhaus das Wohnen verbessern wollte.

Ausstellung: „Das Bauhaus kommt aus Weimar“

bauhaus museum weimar

ab 6. April 2019

WEITERE ARTIKEL ZUM THEMA



Das Jubiläum

Der Bauhaus Verbund 2019



Im Bauhaus Verbund 2019 arbeiten die drei sammlungsführenden Bauhaus-Institutionen in Berlin, Dessau und Weimar, der Bund, vertreten durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) sowie die Kulturstiftung des Bundes, und elf Bundesländer in enger Abstimmung zusammen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gehören dem Verbund die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen an.

Die Verbundmitglieder treffen sich zweimal pro Jahr, um das Jubiläum vorzubereiten, finanziell abzusichern und in grundsätzlichen Angelegenheiten miteinander abzustimmen.

Das zentrale Entscheidungsgremium des Verbundes ist das Kuratorium. Der Vorsitz im Kuratorium wird alternierend von den Ländern Berlin, Sachsen-Anhalt und Thüringen für jeweils ein Jahr übernommen – den Bundesländern, in denen sich die sammlungsführenden Bauhaus-Institutionen befinden. Den stellvertretenden Vorsitz hat der Bund, vertreten durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, inne.

Die Geschäftsstelle 100 Jahre Bauhaus des Bauhaus Verbundes

Die Geschäftsstelle des Bauhaus Verbundes wurde zum 1. Juli 2016 in Weimar eingerichtet. Sie bereitet federführend die überregionalen Höhepunkte des Programms vor, steuert die zentrale



Deutschland feiert 100 jahre bauhaus

Das große Jubiläum wird 2019 in bester Bauhaus-Tradition gefeiert: experimentell, vielgestaltig, transnational und radikal zeitgemäß. Den Rahmen dafür bildet das Jubiläumsprogramm 100 jahre bauhaus. Unter dem Motto „Die Welt neu denken“ lädt der Bauhaus Verbund 2019 gemeinsam mit regionalen, nationalen und internationalen Partnern dazu ein, die historischen Zeugnisse des Bauhauses ebenso neu zu entdecken wie seine Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft.

[Zum Programm](#)

Projekte

Neue Museen, ein großes Eröffnungsfestival, eine deutschlandweite Route der Moderne, Ausstellungen und vieles mehr: Erfahren Sie hier mehr über die Höhepunkte des Jubiläumsprogramms.



[_ \[https://www.bmi.bund.de/DE/startseite/startseite-node.html\]](https://www.bmi.bund.de/DE/startseite/startseite-node.html)



Sie sind hier: [Startseite](#) [Programm](#) **Soziale Stadt**

Soziale Stadt

Mit dem Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt" unterstützt der Bund seit 1999 die Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile. Städtebauliche Investitionen in das Wohnumfeld, in die Infrastrukturausstattung und in die Qualität des Wohnens sorgen für mehr Generationengerechtigkeit sowie Familienfreundlichkeit im Quartier und verbessern die Chancen der dort Lebenden auf Teilhabe und Integration. Ziel ist es, vor allem lebendige Nachbarschaften zu befördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Bislang wurden 891 Gesamtmaßnahmen in 513 Städten und Gemeinden in das Bund-Länder-Programm aufgenommen (Stand: Programmjahr 2017). Im Jahr 2014 wurden die Bundesmittel für das Programm "Soziale Stadt" von 40 Mio. Euro in 2013 auf 150 Mio. Euro aufgestockt. Im Programmjahr 2015 stellte der Bund ebenfalls 150 Mio. Euro für das Programm "Soziale Stadt" bereit, im Jahr 2016 waren es 140 Mio. Euro. Im Jahr 2017 wurden die bereitgestellten Finanzhilfen des Bundes für das Förderprogramm "Soziale Stadt" auf 190 Mio. Euro erhöht. Im Rahmen der Städtebauförderung wird das Programm "Soziale Stadt" als Leitprogramm der sozialen Integration fortgeführt und bildet die Grundlage für die ressortübergreifende Strategie "Soziale Stadt".

schiedenen Klassen, einer Beherrschung der ganzen Lehre durch geistige Ideen, die aus der allgemeinen geistigen Situation der Gegenwart genommen werden müssen. Und es ist der Glaube an die Möglichkeit, auf diese Weise in der Tat eine „Hochschule“ der Kunst zu schaffen, die den Anspruch einer beherrschenden Stellung über den anderen Schultypen nicht mit der Erhabenheit der „freien“ und „hohen“ Kunst gegenüber den anderen Gebieten der gestaltenden Arbeit begründet, sondern mit der Verpflichtung, die gesamte Arbeit unter die Herrschaft des Geistes zu stellen und so den „Künstler“ höheren Sinnes klar und unzweideutig von dem bloßen „Maler“ zu scheiden. Der Anspruch an geistige Arbeit, der damit an Lehrer und Schüler gestellt wird, ist allerdings außerordentlich groß und wäre noch vor kurzem als sinnlos und zweckwidrig abgelehnt worden; heute ist er der treffende Ausdruck unserer ganzen tief problematischen, aus der Problematik in die Helle der Bewußtheit strebenden künstlerischen Situation. Die Frage ist heute nicht mehr, ob es überhaupt einen Sinn hat, sich auf einer Kunstschule um geistige Fragen zu bemühen, sondern nur noch: auf welche Weise dies zu geschehen habe, wie es gelingen könne, die Schüler nicht nur zum Nachdenken über ihre eigentliche Arbeit, son-

dern überhaupt zu einer bewußten Stellung zu den geistigen Problemen der Zeit zu erziehen und dabei die geistige Arbeit für die künstlerische Produktion unmittelbar nutzbar zu machen.

Der nun für Düsseldorf aufgezeigte Weg ist von allen bisher vorgeschlagenen sicherlich der kühnste, nicht wegen seiner Neuheit, sondern weil im Gegenteil versucht ist, die Brücken zur Vergangenheit nicht abzubrechen und dabei doch den Anschluß an die neue Situation zu gewinnen. Dadurch und durch den Reichtum der angeschnittenen rein geistigen Probleme kompliziert sich die Frage außerordentlich und ist die Auswertung für die tatsächliche Leistung der Schule sehr erschwert. Man wird daher von dieser Schule nicht so rasch schon sichtbare Ergebnisse erwarten dürfen, wie sie etwa das Bauhaus schon nach wenigen Jahren aufzuweisen hatte oder wie wir sie in diesem Hefte von der Ittenschule, deren geistige Grundlage unvergleichlich einfacher und von weiser Beschränkung ist, vorlegen können. Erst eine etwas fernere Zukunft wird, wenn anders der Düsseldorfer Akademie die auch von uns erhoffte ruhige Entwicklung gegönnt wird, zeigen, ob auf diesem Wege das erstrebte Ziel einer Erneuerung der künstlerischen Kultur überhaupt zu erreichen ist.

R U N D S C H A U

DAMMERSTOCK

ADOLF BEHNE

An der Siedlung Dammerstock-Karlsruhe ist manche feindselige und gehässige Kritik geübt worden. Es bedarf wohl keiner Versicherung, daß solche Kritik hier nicht unterstützt wird. Keinen Augenblick sollen hier Bedeutung und Wert der Leistung verkannt werden, die auch ihre Urheber nur für eine Etappe auf dem Wege zum besten Wohnbau halten. Wenn wir nach einem Besuche in Dammerstock einige kritische Bemerkungen vorbringen, geschieht es im gemeinsamen Interesse der Weiterarbeit an den Problemen.

Der Dammerstock ist heute das konsequenteste Beispiel einer Siedlung im Zeilenbau. Ermutigt, berechtigt dieses Beispiel, am Prinzip starr festzuhalten?

Die erheblichen Vorteile des Systems werden nicht geleugnet, aber sie können gewahrt werden auch bei einer weniger dogmatischen Anwendung.

Man wird uns fragen, welche Nachteile denn die konsequente Anwendung des Zeilenbaues in Dammerstock aufweise?

Es sind das, um es vorweg zu sagen, keine praktisch-technischen Nachteile, wenigstens behaupten wir solche, von Einzelheiten abgesehen, nicht.

Es sind also ästhetische Einwendungen, die wir erheben?

Es kommt darauf an, was wir unter Ästhetik verstehen wollen.

Aber bezeichnen wir zunächst einmal die fraglichen Punkte.

Schon in seinem jetzigen Umfang, der sich ja noch erheblich ausdehnen soll, wirkt die Ausschließlichkeit der Nord-Süd-Zeilen „unrichtig“.

Die Ausschließlichkeit der Nord-Süd-Zeilen kommt bekanntlich aus dem Bestreben des Siedlungsbauers, allen Wohnungen eine Ost- und eine Westseite zu geben, allen Räumen also eine Sonnenseite.

Muß dieser Rücksicht nicht wirklich jede andere Rücksicht weichen? Oder bitte: welche andere, welche höhere Rücksicht könnte ein Abweichen von diesem Prinzip rechtfertigen? Sollen wir, wird der Siedlungsbauer gleich hinzufügen, für romantische Spielereien einen Teil der Bewohner, sollen wir etwa für ästhetische Mätzchen lebendige Menschen von Licht und Luft ausschalten?

Bauen und erst recht Siedlungsbauen ist ein sehr komplexer Begriff. Sehr vielen Ansprüchen muß der Bauende gerecht werden. Daß der Bauende allen erdenkbaren Ansprüchen gleichermaßen gerecht

werde, ist selbst bei einem freien Luxusbau unmöglich. Der Architekt wägt alle Ansprüche ab und darf Verantwortung nicht scheuen, wenn er zu einer Balance, zu einem Ausgleich kommen will. Wenn der ihm gelungen ist, verrät sich die Kunst der sicheren Steuerführung in der allseitigen Bestimmtheit des Baues, die man am besten als seine „Richtigkeit“ bezeichnet.

Dort aber, wo der Bauende vor der Schwere des Ausgleichs zurückweicht, wo ihm die Hingabe an ein Extrem kompromißlos und damit männlicher erscheint, kann das Produkt sehr interessant sein, wird aber für das Empfinden stets einer Ergänzung zur Totalität bedürfen.

Es darf ganz gewiß als ein enormer Gewinn gegen früher bezeichnet werden, daß der Architekt nicht mehr der Formenlieferant für jeden beliebigen Besteller ist, sondern sich in die Disziplinen der Hygiene, des Verkehrswesens, der Volkswirtschaft und der Soziologie einarbeiten mußte. Aber in manchen Fällen war das Ergebnis nicht eine allseitige Erweiterung des Horizontes, sondern nur eine Interessenverschiebung, eine neue Einseitigkeit. Das Resultat einer solchen ist es, wenn gelegentlich das ganze vielfältige Tun des Architekten auf eine Karte gesetzt wird, wenn einer der vielen Faktoren zum Allheilmittel genommen wird.

Selbstverständlich sind wir heute so wenig wie früher bereit, wesentliche Lebensansprüche der Bewohner irgendeinem Formalismus zu opfern. Wir behaupten vielmehr, daß dies gerade von jenen noch immer getan wird, die vielleicht glauben, solche Tendenzen in unserer Kritik abweisen zu müssen. Der Formalismus liegt freilich heute nicht mehr so offen im unmittelbar Sichtbaren, als im Geistigen, im Denkprozeß, kann sich aber dann auch im Raume nicht verleugnen.

Wenn es in Dammerstock heißt: es müssen alle Räume entweder nach Osten oder nach Westen liegen, so gibt uns die letzte Gewähr für die Wahrheit dieses Satzes noch nicht die Berufung auf diese oder jene hygienische Kapazität, sondern erst die Prüfung des Gesamtergebnisses, in diesem Falle der gebauten Siedlung im Zeilenbau.

Und da sagen wir uns: Dammerstock wäre richtig, wenn unsere Windrose nur Ost und West hätte, wenn die Sonne zwischen Ost und West auf kürzestem Wege hin- und herverkehrte, ohne Nord und Süd zu berühren. Aber da die Sonne, vom Menschen aus gesehen, einen Kreis um die Erde beschreibt und vier Himmelsrichtungen markiert, die unerhört tief in unser Bewußtsein eingegangen sind, so wirkt Dammerstock wie ein Torso.

Also soll der Architekt einer kosmischen Spielerei zuliebe Wohnungen und Menschen nach Norden verbannen?

Er braucht nicht Wohnungen nach Norden zu legen. Aber muß er den Süden boykottieren? Wenn er in den Kleinwohnungen von geringer Tiefe die Wohnräume nach Süden legt, mögen Küche, Bad und WC getrost nach Norden orientiert sein. Die Besonnung von Süden her ist intensiv genug — viel intensiver als die von Ost und West —, daß sie auch die Wirtschaftsräume in diesen kleinen Wohnungen desinfiziert und gesund erhält.

In Dammerstock sind über der Morgensonne zu viele andere Faktoren vergessen worden. Sicher-

lich ist es wertvoll, wenn die Morgensonne in das Schlafstufenfenster hereinkommt . . . aber ist die frühe Morgenstunde die einzige Gelegenheit, mit der Sonne in Berührung zu kommen? Wenn die Sonne ihren guten Tag hat, so scheint sie ja noch einige weitere Stunden auf dem Weg zur Arbeitsstätte, zur Schule und aus der Schule, und auch bei der Gartenarbeit kommen die Familienmitglieder in Berührung mit der Sonne. Denn schließlich ist ja der Mensch beweglich und wohnt nicht 24 Stunden lang im Hause.

Der Zeilenbau will möglichst alles von der Wohnung her lösen und heilen, sicherlich in ernstem Bemühen um den Menschen. Aber faktisch wird der Mensch gerade hier zum Begriff, zur Figur. Der Mensch hat zu wohnen und durch das Wohnen gesund zu werden, und die genaue Wohndiät wird ihm bis ins einzelne vorgeschrieben. Er hat, wenigstens bei den konsequentesten Architekten, gegen Osten zu Bett zu gehen, gegen Westen zu essen und Mutterns Brief zu beantworten, und die Wohnung wird so organisiert, daß er es faktisch gar nicht anders machen kann.

Schließlich ist das Wohnen eine zwar sehr wichtige, aber nicht die einzige Funktion unseres Daseins. Hier in Dammerstock wird der Mensch zum abstrakten Wohnwesen, und über allen den so gut gemeinten Vorschriften der Architekten mag er am Ende stöhnen: „Hilfe . . . ich muß wohnen!“.

Es wäre sehr unrecht, zu verkennen, daß gerade Haesler für das unerhört schwierige Problem der Kleinwohnung äußerst wertvolle Anregungen gegeben hat. Aber es droht hier eine Sackgasse. Die allzu spezialisierte Wohnung gewinnt nicht an Wohnwert, sondern verliert; Haeslers Wohnung ist überhaupt nur noch Schlafgelegenheit, denn sein Wohnraum wird zum Korridor für die einzelnen Schlafkojen, die ja in einer Arbeiterfamilie zu sehr verschiedenen Tageszeiten benutzt werden können.

Kann man per Diktatur soziologisch sein?

Die Fälle, in denen eine Familie die Räume so benutzt, wie es der Architekt sich gedacht hat, sind in allen Siedlungen der Welt sehr selten. Nehmen wir an, daß wirklich in allen Fällen die Vorschläge des Architekten richtiger waren . . . welches Mittel hat er, seinen Willen durchzusetzen? Keines; manche freilich glauben, das Mittel gefunden zu haben, wenn sie die Räume so klein machen, daß faktisch in ihnen nur gewohnt, nur geschlafen, nur gekocht werden kann. Aber das ist nur möglich auf Kosten anderer Wohnwerte.

Der Architekt ist heute leicht hygienischer als der Hygieniker und soziologischer als der Soziologe, statistischer als der Statistiker und biologischer als der Biologe. Aber er vergißt zu oft, daß Hygiene, Statistik, Biologie und Soziologie nur von Wert sind, wenn sie nicht den Wohnraum auffressen.

„vom biologischen standpunkt aus benötigt der gesunde mensch für seine wohnung“, so schreibt Gropius, „in erster linie luft und licht, dagegen nur eine geringe menge an raum. also ist es unrichtig, das heil in einer vergrößerung der räume zu erblicken, vielmehr lautet das gebot: vergrößert die fenster, spart an wohnraum.“

Ist dann nicht die Bank im Tiergarten oder der Baumstumpf im Grunewald die ideale Wohnung?

Es ist sehr nützlich, wenn sich der Architekt mit Hygiene und Soziologie beschäftigt, aber nur, wenn er dabei Architekt bleibt, das heißt: die ausgleichende Instanz.

Kein Geringerer als der Sozialhygieniker Grotjahn hat kürzlich ausgesprochen, daß den notwendigen Ansprüchen an Licht, Luft und Sonne in den neuen Blöcken der Randbebauung mit weiten Abständen Genüge geschehen sei, und daß der Hygieniker an einer Weitertriebung dieser Forderungen heute weniger interessiert sei als an manchen anderen Forderungen, wie der radikalen Durchführung des Flachbaues mit unmittelbar am Hause gelegenen Ausläuflächen für die Kinder.

Gleichgültig, wie man zu dieser Meinung Grotjahns steht, so ist sie doch ein Beweis, daß auch die hygienischen Rücksichten nicht eindeutig klar und sicher offen liegen. Auch in der Hygiene, wie in allen biologischen Disziplinen, kommt es — ebenso wie in der Architektur — auf den Ausgleich mannigfacher Faktoren an. Wenn der Architekt sich blindlings auf die Hygiene stützt, so wird er gezwungen sein, alle Wandlungen innerhalb der Hygiene — und diese Wandlungen sind nicht gering — mitzumachen.

Es können nicht alle Fragen, nicht einmal alle hygienischen Fragen, von der Wohnung aus gelöst werden. Der Mensch ist beweglich, und seine Beweglichkeit erlaubt ihm, sich hygienische Ergänzungen zu verschaffen — im Sport, im Wandern, in der Gartenpflege, im Spiel, beim Angeln usw. Auch haben medizinisch-statistische Untersuchungen gezeigt, daß Bewohner von Häusern, die man für sehr viel unhygienischer halten müßte, dennoch unter Umständen gesünder sind als die Bewohner von an sich hygienischeren Häusern, wenn sie in ihrer persönlichen Körperkultur, Sauberkeit usw. aufgeklärter und anspruchsvoller sind.

Für den radikalen Zeilenbau ist Hygiene ausschließlich Sonnenlage. Und wiederum Sonnenlage ist ihm ausschließlich Morgensonne für die Schlafräume, Abendsonne für die Wohnräume. Die Wohnung zerfällt so in ein Hüben und Drüben. Hüben nur dies, drüben nur das, und dieses Auseinanderfallen in zwei Fächer ist für den ganzen Zeilenbau charakteristisch. Glatte Aufteilung wie auf einer Skala, diesseits vom Nullpunkt und jenseits vom Nullpunkt. Die Richtung bleibt gleich, nur das Vorzeichen wechselt, der Übergang ist ja ein Nullpunkt.

Die Zeilen laufen von Nord nach Süd. Es gibt nur ein Rechts vom Wege und ein Links vom Wege. Die Nullpunkthaftigkeit der Markierung wird stark unterstrichen durch die blinden Schnittflächen der Giebel rechts und links vom Wege. Die Gegenbewegung, die Tiefererstreckung, scheint für illegitim zu gelten. Die Hauszeilen weichen notgedrungen ein paar Meter auseinander, und man denkt beim Hindurchgehen, daß sie sich gleich hinter einem mit den nackten Schnittflächen wieder zusammenschließen werden. ... wie Eisenbahnwaggons schnell auseinander- und schnell wieder zusammengekoppelt werden.

Auch hier, wie im Ganzen des Dammerstock, sagt uns das Gefühl, daß etwas nicht richtig ist. Denn auch diese Lösung entbehrt der Totalität. Sie ist betont „sachlich“ ... und in Wirklichkeit, aus Furcht, formal zu werden, gerade formal und ausgesprochen unsachlich. Es gibt ja kein gröberes Mißverständnis

als zu meinen, sachlich sei eine Lösung nur, wenn sie nach dem laufenden Band schmecke und rieche, billig, lieblos und möglichst mechanisch sei. Jedes Ding dahin, wohin es gehört. Für Eisenbahnwaggons ist das laufende Band ausgezeichnet und richtig, aber die „Sache“ Wohnsiedlung ist eine andere. In ihre Sachlichkeit gehört durchaus, was Martin Wagner jüngst in einem Aufsatz die „neue Herzlichkeit“ nannte und was Schwagenscheidt einmal so formulierte: „Blumen und Bäume, Hecken, Sträucher, Wiesen, Luft, Sonne und der Sternenhimmel, Wolken, Vögel und Schmetterlinge und vieles, was in Zahlen und Diagrammen nicht auszudrücken ist, gehören zur modernen Sachlichkeit.“

Es meldet sich beim Durchschreiten der hohen Randzeilen in Dammerstock die Erinnerung an die alten Brandgiebel der Großstädte. Man glaubt fast, es sei eine Berliner Mietskaserne auseinandergeschnitten, Seitenflügel und Quergebäude seien herausgelöst und in die Straßenflucht umgebogen worden. Das soll nichts anderes besagen, als daß auch hier die Empfindung des „Richtigen“ ausbleibt.

Die Methode des Dammerstock ist die diktatorische Methode, die Methode des Entweder-Oder. Diktatur schneidet auseinander, ist unentwegt geradlinig, kennt zwei Flügel, aber keine Mitte.

Indem er Leben zum Wohnen spezialistisch verengt, verfehlt dieser Siedlungsbau auch das Wohnen. Dies ist kein Miteinander, sondern ein Auseinander. Die ganze Siedlung scheint auf Schienen zu stehen. Sie kann auf ihrem Meridian um die ganze Erde fahren, und immer gehen die Bewohner gegen Osten zu Bett und wohnen gegen Westen.

Es liegt in jeder Sache ein Begriff von Richtigkeit, der auf die Dauer nicht übersehen werden kann. Eine Siedlung ohne Bindung ist nicht in Ordnung. Ist die Ebene nur groß genug, so kann der Zeilenbau nach Norden und nach Süden kilometerweit auseinanderlaufen. Das heißt Menschen im laufenden Band verpacken, nicht aber Städtebau.

Die Ausgangspunkte des Zeilenbaues sind ausgezeichnet und sollen weiterhin nutzbar gemacht werden. Aber er kann Städtebau nur sein, wenn er ein Mittel des Städtebaues wird, nicht aber, wenn er an die Stelle des Städtebaues treten will.

Die diktatorische Methode denkt: Entweder-Oder. Der Bewohner aber denkt: Und. In Dammerstock besteht das Auseinander auch im Verhältnis zwischen Architekt und Bewohner. Man braucht nur die Gardinen hinter den modernen Fenstern zu sehen, die Gegenstände in den Loggien, um zu erkennen, daß die Form des Architekten sehr weit und sehr lose über dem Leben des Bewohners schwimmt.

Immer wieder dieses auf den entgegengesetzten Enden zweier Flügel Sich-Gegenüberstehen.

In meinem Büchlein „Neues Wohnen, neues Bauen“ habe ich vor Jahren schon auf die Bedenklichkeit der diktatorischen Methode des modernen Architekten hingewiesen, und heute muß man dieses Übel mehr denn je kennzeichnen.

Es ist ganz gewiß richtig, daß die Schuld an dem Nichtzusammenkommen genau so auf seiten des Mieters liegt wie auf der Seite des Architekten. Es muß auch unterstrichen werden, daß gerade ein Architekt wie Haesler sich bemüht, den Bewohnern nahezukommen. Aber die Tatsache bleibt bestehen,

daß der Architekt noch immer viel zu hoch hinauswill. Im Grunde denkt er noch immer: die Siedlung, das ist mein Werk, meine Idee, mein Produkt, und ich werde dieses Produkt zur größten künstlerischen Vollkommenheit treiben die Menschen müssen sich dann einpassen.

Aber die Siedlung ist erst mit den Menschen komplett, und wenn in einer Siedlung außen der letzte Stahl-, Glas- und Flachdach-Schick herrscht, und innen stehen Plüschmöbel mit Muscheln, und gegen Morgen- und Abendsonne sind schön mit Schleifen in der Mitte geraffte Gardinen und auch Lambrequins und Stores, dann ist wieder etwas Wesentliches nicht richtig. Denn nie werden die eleganten blanken Fronten jemanden erziehen, dazu sind viel zu weit ab am äußersten Ende des anderen Flügels.

Hier Kunst ... hier Kitsch! der Schlachtruf reißt die Parteien auseinander.

Immer wieder dieses Gefühl: die Flügel klaffen weit auseinander, der Rumpf, die Mitte, die Verbindung, der Ausgleich fehlt.

Sind diese blanken Frontwände hier überhaupt am Platze? Diese Kleinwohnungen liegen in Gärten, aber die Front erlaubt eigentlich nur, daß man vor ihr im stilvollen Jumper sitze, vielleicht lese. Auch hier überrennt das Leben der Bewohner, die im Garten regelrecht arbeiten und basteln, den Stil, der einfach zu hoch gegriffen ist. Eine Einzelheit: überall hängt Wäsche auf der Leine und stört ästhetisch sehr. Aber müßte es nicht anders sein? Müßte eine gesunde, nahe Form nicht dieses alles aufnehmen und vertragen?

Die Sockel der Hauszeilen waren grau gestrichen. Ohne Frage war das sehr geschmackvoll und sah nobel aus. Aber man war, als ich durch Dammer-

stock ging, eben dabei, das Grau mit Rot zu überstreichen. Rot ist viel weniger „gut“ als Grau. Aber nicht vielleicht doch richtiger?

Es mag willkürlich scheinen, wenn ich in diesem Zusammenhange von der Plastik-Ausstellung der Sezession spreche, aber es ist notwendig, weil lehrreich. Denn sie bietet das genaue Gegenstück zu Dammerstock.

In der Sezession ist es ganz auffallend, wie das Motiv des Torso zum ersten Thema geworden ist. Nicht der Mensch wird dargestellt, sondern sein Rumpf. Wozu er Arme und Beine hat, wird hier nicht gefragt.

Auch Dammerstock ist ein Torso. Aber hier fehlt der Rumpf, und zum Thema wurden die Arme und Beine, die Extremitäten. Beide sind Torso, beiden fehlt die Totalität.

Die Sezession arbeitet für den Verkauf. Wer kauft heute Kunst? Doch nur die „Gesellschaft“, die, gemessen am Totalen der Volksgemeinschaft, ein Torso ist.

Die Architekten arbeiten für die Masse, und die Masse ist zerteilt in Extreme.

Dort nur Statik, hier nur Dynamik. Sollte ein Kompromiß nicht von Nutzen sein?

Es sei noch einmal betont, daß diese prinzipielle Erörterung die Leistung der Architekten in Dammerstock nicht herabsetzen soll. Wir sehen nur diese Leistung im allgemeinen Schicksal unseres Bildens. Man würde uns ganz falsch verstehen, wenn man in unseren Ausführungen ein Rückzugssignal sehen wollte. Mit den reaktionären Kritikern des Dammerstock haben wir nichts zu tun. Wir möchten vielmehr anregen zu einem weiteren Fortschritt, denn für einen Fortschritt möchten wir die Absage an das Dogma immer halten.

REPORTAGEFILM — TATSACHENFILM

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Filmindustrie es bis heute noch nicht fertiggebracht hat, einen auch nur halbwegs guten Typ für die Wochenschau herauszubringen. Während man sich darüber streiten könnte, ob der Film ein Kunstmittel darstellen kann, ist sich kein Mensch darüber im unklaren, daß er ein wertvolles und zugleich lebendig anschauliches Reportagemittel ist. Daß er als solches bis zur Lächerlichkeit banalisiert werden kann, sieht man in jedem Kino eben in der sogenannten Wochenschau.

Und was für eine dankenswerte Aufgabe wäre es, wenn man die Teile einer Wochenschau in ein gedankliches oder filmisch interessantes Gefüge bringen würde, so daß eine Wochenschauvorführung mit einem filmischen Rhythmus abliefere wie einzelne Montagefilme z. B. „Der Mann mit der Kamera“. Allerdings müßten diese Teile von verständigeren und besseren Leuten aufgenommen werden als es diejenigen sind, die heute diese Wochenschau zu drehen pflegen. Dieses Verlangen kann schon deshalb nicht als unerfüllbar bezeich-

net werden, weil die Reportage in immer stärkerem Maße zu einer Art Kunstform wird und auf dem Gebiete des Films in den Tatsachenfilm hineinwächst, in der Literatur eine ganz bestimmte künstlerische Form annimmt und im Radio über interessante Versuche hinaus durch die Geschicklichkeit einiger Sprecher ein immer höheres Niveau bekommt. Der sogenannte Kulturfilm, der ohne filmischen Ehrgeiz nur schöne Landschaften oder naturwissenschaftliche Vorgänge in populärer Form darstellt, ist sicher auch als eine Wurzel dieser neuen Form, die filmisch geformte Reportageteile zu filmisch organischer Einheit verbindet.

Bei der vollkommenen Verflachung des Spielfilms gewinnt der Film, der Tatsachen darstellt und in einer filmisch interessanten Weise zur Darstellung bringt, in den Augen anspruchsvoller Menschen, — von denen es bereits eine starke Gemeinde gibt, was die verschiedenen Filmvorführungen im Anschluß an die Stuttgarter Darbietungen bewiesen haben, — eine erhöhte Bedeutung. Es ist eine filmische Form, die von all dem, was wir bis jetzt ge-

HEINRICH ZILLE

Vorwort

Die Behandlung des Wohnbauproblems ist in hohem Maße eine politische Aufgabe . . . wenn wir in den Mittelpunkt die Frage stellen: „Wie ist auf dem Wege der Gesetzgebung dem ungeheuren Mangel an Wohnungen und der aus ihm kommenden Not des Volkes abzuhelpen?“ Denn es ist offenbar, daß die Lösung dieser Aufgabe in erster Linie eine Finanzfrage . . . und eben damit eine politische ist. Wie die enormen Summen aufzutreiben sind, darüber erfolgt die Auseinandersetzung zwischen den politischen Parteien im Reiche, in den Ländern und in den Kommunen.

Zum andern ist das Problem des neuen Bauens ein technisches Problem. Können wir mit den alten Baumethoden, mit der alten Bautechnik unser Ziel, die Schaffung guten Wohnraumes für alle, erreichen . . . oder gibt es neue Methoden, neue Techniken oder wenigstens Ansätze zu ihnen, deren Ausbarmachung uns das Ziel schneller, damit auch billiger und obendrein vielleicht besser erreichen läßt? . . . Diese technische Bearbeitung des Problems ist neben der finanzpolitischen eine Sache für sich. Aber schon aus unserer kurzen Skizzierung wird man vielleicht ersehen, daß die technische Betrachtung sich an manchen Stellen mit der finanzpolitischen berührt. Es bestehen gewisse Abhängigkeiten, da ja unter Umständen eine neue Technik die finanziellen Schwierigkeiten mindern kann.

Und schließlich ist eine dritte Betrachtungsweise möglich: die kulturell-künstlerische. So verkehrt es wäre, sie überbetonen zu wollen, sie auf Kosten der finanzpolitischen oder der technischen zu üben . . . ebenso verkehrt wäre doch eine Unterschätzung der kulturell-künstlerischen Betrachtung. Gewiß, die Politik, die richtige volkswirtschaftliche Organisation schafft erst die finanziellen Voraussetzungen. Gewiß, die Technik verbürgt erst Haltbarkeit, Be-

GEWIDMET

quemlichkeit, auch Billigkeit der Wohnung ... aber die Richtung bestimmt doch der finanzpolitisch ermöglichten, der technisch leistungsfähig gehaltenen Arbeit erst der kulturelle, geistige Anspruch des Menschen. Dieser erst bestimmt die Gesinnung, aus der gebaut wird ... dieser erst markiert das Ziel, dem die Arbeit zustrebt. Die beste politische und technische Vor- und Mitarbeit könnte verpuffen, wenn nicht ein klares Bewußtsein da ist von dem Menschen, der wohnen wird. Neues Bauen setzt voraus ein neues Wohnen ... neues Wohnen aber setzt voraus den neuen Menschen.

Unser Büchlein nun, das keine Rezepte geben will, stellt in den Mittelpunkt seiner Arbeit den neuen Menschen. Wir nennen es ja im Titel nicht: „Neues Bauen ... neues Wohnen“, sondern umgekehrt, weil wir ausdrücken wollen, daß das Bauen vom Wohnen, das heißt vom Menschen, abhängig ist. Damit ist schon gesagt, daß wir, wenn wir vom Künstlerischen sprechen, nicht das „Aussehen“ meinen.

Technische Fragen werden wir gelegentlich mehr als einmal streifen, die finanzpolitischen viel seltener. Die Behandlung dieses wichtigen Problems muß von anderer Seite erfolgen.

Um den neuen Menschen zu verdeutlichen und um zu zeigen, wie stark alles Bauen vom „herrschenden Typus Mensch“ (Taine) abhängt, bedienen wir uns häufig der Gegenüberstellung von Bildern, die nicht im Text immer ausführlich erklärt werden. Denn es ist nun einmal so, daß alle künstlerischen Dinge gesehen, ... nicht nur verstanden sein wollen. Es mag manchmal unsere Gegenüberstellung von Bildern auf den ersten Blick überraschen, aber gerade in diesen Fällen bitten wir den Leser um eine wiederholte Prüfung. Denn es kommt alles darauf an, daß wir von Vorurteilen loskommen und die Zusammenhänge sehen!

Diese Website verwendet Cookies. Wenn Sie die Website weiter nutzen, gehen wir davon aus, dass Sie hiermit einverstanden sind.

⌄ Datenschutzhinweis

OK



⌄ Geschichte der europäischen Stadt



© M. Raub, Wikimedia Commons

Gartenstadt Essen-Margarethenhöhe

Industrialisierung

Das industrielle Zeitalter konfrontierte die Städte West- und Mitteleuropas mit gravierenden strukturellen Veränderungen, die sich in erster Linie auf die Wirtschafts- und damit auch auf die Gesellschaftsordnungen und das Stadtbild auswirkten. Das Ursprungsland der Industrialisierung war England, wo im 18. Jh. technische Innovationen wie die Dampfmaschine eine maschinelle Erzeugung von Gütern und damit eine neue Form des Wirtschaftswachstums ermöglichten. Die meisten europäischen Staaten wurden vom Prozess der Industrialisierung zwischen der Mitte des 19. Jhs. und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 erfasst. Deutschland durchlief eine frühindustrielle Phase (ca. 1840–1870) sowie eine hochindustrielle Phase (1870–1914) und wurde in dieser Zeit ein moderner Industriestaat, dessen Industrieproduktion vor England Spitzenwerte in Europa erreichte.

In Deutschland war es der **Eisenbahnbau**, der die Industrialisierung entscheidend vorantrieb und vielen Städten wichtige wirtschaftliche Impulse bescherte. Die Nachfrage der Eisenbahn forcierte den Aufschwung der **Montan-** und **Maschinenbauindustrie**, gleichzeitig ermöglichte die verbesserte Verkehrsinfrastruktur eine bessere Marktintegration. In England existierte seit 1830 zwischen Manchester und Liverpool die erste

Zugverbindung, in Deutschland 1835 zwischen Nürnberg und Fürth. Die wirtschaftlichen Strukturveränderungen durch die Industrialisierung, die agrarische Überschussproduktion und eine seit Ende des 18. Jhs. einsetzende Bevölkerungsexplosion führten im 19. Jh. zu einer rasanten Urbanisierung (Verstädterung), d.h. der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung stieg immens. Neue, besser bezahlte Arbeitsplätze in der Textil- oder Montanindustrie sowie zunehmend auch im Dienstleistungssektor, die sinkenden Arbeitsmarktrisiken, die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten sowie Kultur- bzw. Vergnügungsangebote in den Städten einerseits (Pull-Faktoren) und Bevölkerungsdruck sowie Armut auf dem Land andererseits (Push-Faktoren) bewirkten in West- und Mitteleuropa eine Landflucht in die Städte. In England setzten die Wanderungsbewegungen bereits in den ersten Jahrzehnten des 19. Jhs. ein, in Deutschland v.a. während der Hochindustrialisierungsphase ab 1871. Es waren vorwiegend junge, männliche und ungebundene ‚Stadtwanderer‘, die aus dem Norden und Nordosten Deutschlands in die Industriegebiete des Ruhrgebiets und Oberschlesiens sowie in die Städte Berlin, Hamburg, München und das Rhein-Main-Gebiet kamen. Die Binnenwanderung und das Bevölkerungswachstum – zwischen 1871 und 1914 wuchs die deutsche Bevölkerung um 58 % von 41 Mio. auf 65 Mio. Menschen – bewirkten im Vergleich zu ländlichen Regionen ein überproportionales Städtewachstum, das sich v.a. auf die Industrie- und Handelszentren fokussierte. Der Anteil der Deutschen, die in Städten mit weniger als 2.000 Menschen lebten, sank von 64 % auf 40 %, während die Einwohnerzahlen der größeren Orte wuchsen. Der Anteil der Bevölkerung, der in Städten von mehr als 10.000 Einwohnern lebte, verdreifachte sich beinahe von 1871 bis 1910, während der Bevölkerungsanteil in Städten von mehr als 100.000 Einwohnern um mehr als das Siebenfache wuchs. In dieser Zeit überschritten 48 deutsche Städte die Großstadtgrenze von 100.000 Einwohnern (z.B. Frankfurt a. M., Dortmund, Düsseldorf, Danzig, Kiel, Kassel, Mannheim oder Nürnberg).

Die Bevölkerungsverschiebungen führten seit Mitte des 19. Jhs. in zahlreichen Städten zu einer enormen Verdichtung. In Köln bspw. konzentrierte sich das Bevölkerungswachstum zwischen 1820 und 1880 ausschließlich auf die Stadt innerhalb der mittelalterlichen Stadtmauer, wodurch sich die Bevölkerungsdichte der Stadt zwischen 1820 und 1880 auf 35.910 Einw./km² erhöhte. In London waren es zur selben Zeit nur 9.600 Einw./km². Da sich in der Frühphase der Industrialisierung auch Industriebetriebe innerhalb des Stadtgebiets ansiedelten, kam es zu einer Überbeanspruchung des Wohnraums. Grün- und andere Freiflächen wurden in Bauland umgewandelt, und tlw. wuchsen die Städte in die Vertikale. In Liverpool bspw. lebte 1840 jeder siebte Einwohner in einer Kellerwohnung. Der Bevölkerungsdruck und die enge räumliche Bebauung der Städte führten zu hygienischen und sozialen Missständen; große Teile von Städten wie z.B. Manchester verkamen zunehmend zu Slums. Auch in Berlin herrschten noch in den 1870er Jahren in weniger gehobenen Vierteln katastrophale hygienische Bedingungen.

Das **Städtewachstum** nach innen erfolgte trotz der Öffnung der meisten Städte durch das Auflassen und die Niederlegung der Mauern und **Befestigungen** seit dem ausgehenden 18. Jh. Erst allmählich wuchsen die Städte über ihren ehemals klar erkennbaren Rand hinaus. Erste Erweiterungen erfuhren Städte, als wohlhabendere **Bürger** ihre nun in der Altstadt liegenden Wohnungen aufgaben und an den Stadtrand zogen, wodurch neue Villenviertel entstanden. Vermehrt siedelten sich seit der Mitte des 19. Jh. auch Betriebe an den Stadträndern an. Ebenfalls außerhalb der alten Stadtkerne entstanden aus Platz- und Kostengründen die Bahnhöfe, um die sich Bahnhofsviertel bildeten, deren wirtschaftliche Grundlage häufig Groß- und Einzelhandel, Gastronomie und Hotelgewerbe sowie Vergnügungseinrichtungen waren. Die Stadträume jenseits der Bahntrassen lagen jedoch in einer „Schattenlage“ der Stadtentwicklung; hier entstanden vielfach Problemviertel.

In Deutschland vollzog sich das Außenwachstum der Städte i.d.R. planvoller als bspw. in England, da Neustädte meist am Reißbrett entworfen wurden. Sie umfassten Altstädte in Form von Kreisringen (z.B. in Berlin), Halbkreisen (z.B. in Köln) oder platzierten sich als neues Viertel an den Rand der Altstädte. Die neuen Arbeiterviertel befanden sich verstärkt in der Nähe von Bahnhöfen und waren in Teilen Deutschlands durch den Bau von mehrstöckigen „**Mietskasernen**“ geprägt, der in Berlin seine größten Ausmaße erreichte. Die Gründe für den Bau von Mietskasernen waren u.a. mangelndes Bauland. In England entstanden für die Arbeiter zunächst monotone „Back-to-Back“-Reihenhäuser, die den Bewohnern wenig Platz und keinen Anschluss an die Kanalisation boten. Die Folge waren schlechte hygienische Bedingungen und Typhus- sowie Choleraepidemien in den 1830er/40er Jahren. In der Zeit zwischen den 1870er Jahren und dem Ersten Weltkrieg wurde das Außenwachstum englischer Städte mit den sog. ‚Bye-law-Häusern‘ fortgesetzt, die eine

geringere Wohndichte aufwiesen und über bessere sanitäre Anlagen verfügten. Dieses Außenwachstum industrieller Städte führte teilweise über den Stadtbezirk hinaus, wodurch Vorstädte entstanden. Sie entzogen den Kernstädten zahlungskräftige Steuerzahler und Gewerbesteuer zahlende Betriebe, weshalb es häufig zu Eingemeindungen kam – in Deutschland v.a. zwischen 1885 und 1918. Da die Stadtkerne ihre Bevölkerung zunehmend an die Peripherie verloren, veränderte sich ihre Struktur.

Englische Unternehmer entwickelten im 19. Jh. mit Werksiedlungen für ihre Arbeiter neue Siedlungsformen. Diese entstanden außerhalb der eigentlichen Stadt und waren nicht zuletzt wegen günstigerer Bodenpreise großzügiger angelegt und boten saubere und weniger verdichtete Häuser.

Auf die zahlreichen Missstände im Wohnungswesen und ihre sozialen und politischen Implikationen reagierten bürgerliche Sozialreformer. Auch die von Ebenezer Howard (☺ DNB) geprägte **Gartenstadtbewegung** steht in diesem Kontext. Sie beinhaltete großzügigere Wohnungen bzw. Häuser mit eigenem Garten zur Selbstversorgung für eine begrenzte Anzahl von Menschen, die in unmittelbarer Nähe zur Stadt – aber durch Grüngürtel getrennt – wohnen und sämtliche zentralen Versorgungsmöglichkeiten durch kurze Wege erreichen sollten. Die ersten deutschen Gartenstädte entstanden mit der Krupp-Arbeiterwohnsiedlung Margarethenhöhe in Essen (1906 gegründet) und in Dresden Hellerau um die „Dresdner Werkstätten für Handwerkskunst“ (1909 gegründet), die jeweils Raum für Kleinfamilien boten. Die Änderung der Familienstruktur und -größe war eine Folge der Lebensumstände in den Städten, denn die rasche Ausweitung der Massenproduktion bedeutete das Ende der Heim- und Manufakturarbeit, und die Wohnraumsituation führte zur langfristigen Auflösung der Großfamilien zugunsten der Kernfamilie. Die häufig vorherrschende Einheit von Wohnen und Arbeiten wurde durch die Industrialisierung aufgebrochen.

Die Industrialisierung und Urbanisierung veränderten nicht nur das architektonische Stadtbild Europas, sie verlangten von den städtischen Verwaltungen auch neue Konzepte, die der rasanten Entwicklung in den Städten Rechnung trugen. Erst ab ca. 1850 bis 1875 begannen in Deutschland die Anfänge einer kommunalen ‚Städtetechnik‘, um Antworten auf die neuen infrastrukturellen, hygienischen und sozialen Herausforderungen zu geben versuchte, die sich auf die folgenden Bereiche konzentrierte:

1. Technische Versorgung: Gas, Elektrizität
2. Infrastruktur: Nahverkehr
3. Hygiene und Gesundheitswesen: Müllbeseitigung, Wasserversorgung, Kanalisation, Aufsicht über prekäre Arbeitsorte (z.B. Schlachthöfe) und Lebensmittel, Straßenreinigung
4. Sozialpolitik

Die neuen kommunalen Innovationen setzten sich allmählich, zunächst vornehmlich in Großstädten durch. Leuchtgas brachte Licht in die Städte Europas. Die **Straßenbeleuchtung**, die bisher durch Pflanzenöllaternen erzeugt worden war, wurde nun durch Gas betrieben. Seit 1825 gab es in Berlin das erste Gaswerk, anschließend in Hannover, Dresden und Leipzig. Da viele Städte dem Beispiel folgten, gab es bis in die 1850er Jahre einen Gründungsboom von Gaswerken, die die Nachfrage nach Leucht-, Heiz- und Kochzwecken deckten. Da die privat betriebenen Gaswerke ihre Monopolstellung zugunsten einer oftmals rücksichtslosen Preispolitik nutzten, wurden sie von den Stadtverwaltungen zunehmend kommunalisiert. Im Jahre 1880 besaßen in Deutschland wie in anderen Industriestaaten alle großen Städte und auch viele kleine Städte ein Gasversorgungsnetz.

In Deutschland begann seit den 1850er Jahren – 20 Jahre später als in England – in Städten wie Hamburg, Berlin, München und Frankfurt der Bau von Entwässerungssystemen, nachdem es zuerst in England und später auf dem europäischen Festland zu Choleraepidemien als Folge von unzureichender Entwässerung und kontaminiertem Trinkwasser gekommen war. In England verabschiedete man den „Public Health Act“, der die Errichtung von städtischen Gesundheitsbehörden anordnete. Ab 1875 wurden in den Arbeitervierteln deswegen komfortablere Wohnungen gebaut, die über Kanalisation und Wasseranschluss verfügten. Die Entwässerungssysteme in Deutschland waren zunächst meist unzureichend und konnten erst modernisiert werden, als seit den 1870er Jahren die Verbreitung moderner Wasserversorgungsanlagen in Deutschland deutlich zunahm. Neue kommunale Wasserwerke stellten Trinkwasser bereit und lösten Brunnen in ihrer Funktion als Trinkwasserversorger ab. Mit den neuen Leitungen konnten auch Entwässerungssysteme

modernisiert werden. Schwemmkanalisationen wurden entwickelt, die den schlechten hygienischen Verhältnissen auf den Straßen Europas ein Ende bereiteten. Sie regelten zunächst den Abfluss von Haushalts- und Industrieabwässern und später auch von Fäkalien – Abwässer, die vormals einfach auf den Straßen entsorgt wurden. Die letzten beiden Jahrzehnte des 19. Jh. und die ersten Jahre nach der Jahrhundertwende waren die Hauptzeit der Errichtung der Schwemmkanalisationen in deutschen Städten. Mit der Anlage von Friedhöfen an der Peripherie der Städte, der Straßenreinigung, der Einrichtung von Kläranlagen seit etwa der Jahrhundertwende sowie der Einrichtung von zentralen Schlachthöfen sorgte die öffentliche Hand für weitere gesundheitspolitische Maßnahmen.

Die räumliche Expansion der Städte während der Industrialisierung verlangte zudem nach leistungsstärkeren Nahverkehrsmitteln als Pferdebahn und Pferdekutsche. Dampfstraßenbahnen ermöglichten höhere Geschwindigkeiten, konnten sich in den Städten aber nicht durchsetzen. Die Zukunft gehörte dem elektrisch angetriebenen Nahverkehr. Die erste elektrische Untergrundbahn fuhr 1879 in London, die **erste elektrische Straßenbahn ging 1881 in Berlin in Betrieb**. Elektrische Oberleitungsbusse verkehrten in Europa seit dem frühen 20. Jahrhundert. Elektrizität war zudem eine Alternative zum Leuchtgas und sie ermöglichte die Erfindung des Telefons.

Auch die Sozialleistungen mussten den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Die noch in der **Frühen Neuzeit** auf individueller Hilfe basierende **Armenverwaltung** konnte der strukturellen Armut ganzer Bevölkerungsschichten (Pauperismus) nicht mehr genügen. Seit der Jahrhundertwende ersetzten professionelle Fürsorger zunehmend ehrenamtliche Armenpfleger, und das Armenwesen der Städte wurde stärker zentralisiert. Seit 1919 löste die Bezeichnung ‚Fürsorge‘ die ‚Armenpflege‘ ab.

Die beschriebene Tendenz der Städte, Betriebe zu kommunalisieren und Dienstleistungen zu erweitern, wirkte sich auf die kommunalen Verwaltungen aus. In den ersten beiden Dritteln des 19. Jh. hatte sich der Aufgabenbereich v.a. kleinerer Städte vornehmlich auf die Hoheits- und Vermögensverwaltung konzentriert. Dies änderte sich nun, und langsam kam es zu einer quantitativen Zunahme der städtischen Beamten und Angestellten, die mit einer qualitativen Verbesserung im Sinne von Bürokratisierung, Professionalisierung und zunehmender Spezialisierung einherging. Dieser Umgestaltungsprozess zu einer „kommunalen Leistungsverwaltung“ vollzog sich in Deutschland zwischen 1870 und 1930 – beschleunigt seit den 1880er Jahren. Dieser Prozess und das Selbstverständnis einer vermeintlich ausschließlich an Sachkenntnis und Sachgerechtigkeit orientierten Stadtbürokratie dürfen freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Maßnahmen stets auch die Interessen der in den Kommunalparlamenten sitzenden Bürger spiegelten.

Joel Behne/Thomas Tippach (1.9.2014)

URL zur Zitation

<http://www.staedtegeschichte.de/einfuehrung/geschichte/industrialisierung.html>

Literaturhinweise

- Butschek, Felix: Industrialisierung. Ursachen, Verlauf, Konsequenzen, Wien 2006.
- Condrau, Flurin: Die Industrialisierung in Deutschland, Darmstadt 2005.
- Krabbe, Wolfgang R.: Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung, Göttingen 1989.
- Reulecke, Jürgen: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt am Main 1985.
- Zehner, Klaus: Stadtgeographie, Gotha 2001.

Diese und weitere Literaturangaben sind zu finden in der **Mediensuche**.

Perspektiven der Raumentwicklung in Deutschland

Herausgeber



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Projektleitung BBR
Dr. Horst Lutter



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Projektleitung BMVBS
Jens Staats

Auftragnehmer

Gesellschaft des Deutschen Verbandes
für Wohnungswesen, Städtebau
und Raumordnung mbh (DV-GmbH)
Kerstin Greiling, Jana Laasch

Gestaltung

www.studioad hoc.de

Karten/Grafiken

Thomas Pütz (BBR)

Druck

DMP, Berlin

Bonn/Berlin November 2006

Nachdruck mit Quellenangabe erlaubt.

Inhalt

EINLEITUNG	
Räume verändern sich – Räume werden verändert	3
Warum verändern sich Räume?	5
Steuerung räumlicher Veränderungen?	6
[1] Wie entwickelt sich Raum? ANALYSE	9
Raumstruktur in Deutschland und Europa	11
Zentren- und Städtesysteme	12
Grundtendenzen der Raumentwicklung	14
Demographischer Wandel	14
Wandel in der Erwerbstätigkeit	17
Infrastruktur	20
Regionale Entwicklungstendenzen	25
[2] Herausforderungen für die Raumentwicklung SYNTHESE	28
Wirtschaftliches Wachstum und Innovation	28
Daseinsvorsorge	30
Landschaftsentwicklung und Freiraumschutz	32
[3] Perspektiven für Räume LEITBILDER	37
Der Leitbildprozess	37
Leitbild 1 »Wachstum und Innovation«	38
Europäische Metropolregionen in Deutschland	39
Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolregionen	42
Räume mit Stabilisierungsbedarf	43
Umsetzungsstrategien	43
Leitbild 2 »Daseinsvorsorge sichern«	45
Versorgungsqualität sichern	45
Umsetzungsstrategien	48
Leitbild 3 »Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten«	50
Abwägung konkurrierender Ansprüche an den Raum	52
Schutz des Freiraums und der natürlichen Ressourcen	52
Gestaltung von Kulturlandschaft	53
Umsetzungsstrategien	53
[4] Ausblick RAUMENTWICKLUNGSPOLITIK MUSS MEHR GESTALTEN	56
GLOSSAR	57

Daseinsvorsorge

Die Gewährleistung der Daseinsvorsorge ist eine Grundaufgabe der Öffentlichen Hand. Zur Daseinsvorsorge zählen zum Beispiel die Bereitstellung einer öffentlich nutzbaren Verkehrsinfrastruktur aber auch die Versorgung mit Trinkwasser oder die Abfallentsorgung sowie die Bereiche Bildung und Gesundheitsversorgung. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist für die Bevölkerung Voraussetzung für die Wahrnehmung von Daseinsfunktionen wie Arbeiten, Wohnen und Mobilität und für die Wirtschaft Voraussetzung für Produktion und Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen. Daseinsvorsorge ist eine vielschichtige und kostenintensive Aufgabe. Sie kann nur effizient erfüllt werden, wenn langfristige Planungsgrundlagen zur Verfügung stehen. Insbesondere die Zahl der Einwohner und deren Altersaufbau wirken sich auf die Auslastung der Infrastruktur und die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden und Regionen aus. Eine wichtige Planungsgrundlage sind daher kleinräumige Bevölkerungsprognosen.

TRAGFÄHIGKEIT

Unter Tragfähigkeit versteht man die Auslastung von Infrastruktureinrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie ist gefährdet, wenn die zum wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtungen notwendigen Nachfragepotenziale nicht (mehr) vorhanden sind. Regionen, in denen gering verdichtete Siedlungsstrukturen und Nachfragerückgänge durch den demografischen Wandel aufeinander treffen sind von Tragfähigkeitsproblemen bedroht.

Zentrale Orte

Die räumliche Organisation der Daseinsvorsorge basiert auf dem Konzept der Zentralen Orte. Dieses raumordnerische System verfolgt den Ansatz der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Das System der Zentralen Orte dient der Sicherung der Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit Gütern und Dienstleistungen, Arbeitsplätzen und Infrastruktur. Dabei soll vor allem eine gute Erreichbarkeit dieser Güter und Dienstleistungen gewährleistet werden. Das Zentrale-Orte-Konzept folgt dem raumplanerischen Ansatz der dezentralen Konzentration. Investitionen und Entwicklungen sollen in den Zentren gebündelt werden und eine effiziente Ressourcennutzung unterstützen. Neben der Versorgungsfunktion erfüllen Zentrale Orte damit auch wichtige Funktionen als Zentren regionaler Arbeitsmärkte und Standorte hochwertiger Infrastrukturen.

Das System der Zentralen Orte ist in verschiedene Funktionsstufen gegliedert. Oberzentren sind Standorte für hochrangige Infrastruktureinrichtungen in den Bereichen Verkehr, Bildung und Forschung, Kultur und Sport sowie Verwaltung. Gleichzeitig konzentrieren sich hier Handel und Gewerbe mit Gütern und Dienstleistungen, die über den täglichen Bedarf hinausgehen. Oberzentren dienen also vor allem dem mittel- bis langfristigen Versorgungsbedarf, während sich die Mittelzentren auf den kurz- und mittelfristigen Versorgungsbedarf konzentrieren. Demgegenüber sind Grundzentren allein auf die Deckung alltäglicher haushaltsnaher Grundversorgung ausgerichtet und weisen daher auch wesentlich kleinere Versorgungsbereiche auf.

Erreichbarkeit und Tragfähigkeit

Der Versorgungsgrad und die Qualität der Versorgung werden nicht nur durch das Vorhandensein von Infrastruktur sondern auch deren Zugänglichkeit bestimmt. Infrastruktureinrichtungen müssen für ihre Adressaten bzw. Kunden mit zumutbarem Aufwand erreichbar sein. Dem Konzept der dezentralen Konzentration folgend sind Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (Bildung, Gesundheit) in den Zentralen Orten zu bündeln.

Die öffentliche Daseinsvorsorge weist in Deutschland bei einem allgemein hohen Versorgungsniveau immer noch regionale Disparitäten auf, die allerdings nicht immer dem klassischen Stadt-Land-Unterschied folgen. Regionale Unterschiede bestehen insbesondere in der Qualität der angebotenen Leistungen, wenn geringe Nachfragen an die Grenzen der Tragfähigkeit stoßen, aber auch bei der Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge. Am deutlichsten wird dies vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Verkehr.

Als obere Grenze für den zumutbaren Reisezeitaufwand von Wohnstandorten zum nächsten Mittelzentrum gelten sowohl im motorisierten Individualverkehr (MIV) als auch im öffentlichen Verkehr (ÖV) 30 Minuten. Oberzentren sollten im MIV innerhalb von 45 Minuten und im ÖV in 60 Minuten erreichbar sein. Knapp 88 % der Einwohner leben in Gemeinden, von denen das nächste Mittel- oder Oberzentrum bereits in einer Viertelstunde Pkw-Fahrzeit erreichbar ist. Andererseits sind einige – zum Teil größere zusammenhängende Gebiete – weiter als 30 Minuten von Mittelzentren entfernt. Dies sind vereinzelt, dünn besiedelte Regionen in Grenz-

Bauhaus in Bewegung

Text **Oliver G. Hamm**



Pacific & Atlantic Photo/
Marcel Breuer: Gymnastik
im Walde. Vorbildlicher
Sprung über 3 Stühle, nach
1927, Bauhaus-Archiv Berlin

Das Bauhaus-Archiv in Berlin zeigt zentrale Arbeiten aus seiner Sammlung mit dem Fokus Bewegung und Wandel

In zwei Jahren wird das „Bauhausjahr“ gefeiert werden, anlässlich des hundertsten Jubiläums der Gründung des Staatlichen Bauhauses Weimar. Mit Weimar, Dessau und Berlin, den aufeinanderfolgenden Standorten der nur 14 Jahre lang existierenden, 1933 geschlossenen Lehranstalt, errichten derzeit alle drei Bauhausstädte Neubauten für ihre Sammlungen. Zugleich bereiten

sie sich auf den großen Veranstaltungszyklus „100 Jahre Bauhaus“ im Jahr 2019 vor, unter anderem mit drei Prologausstellungen bereits in diesem Jahr. In der Stiftung Bauhaus Dessau ist bereits seit 13. April die Ausstellung „Handwerk wird modern. Vom Herstellen am Bauhaus“ zu sehen (noch bis 7. Januar, siehe Bauwelt 11.2017). Die Klassik Stiftung Weimar widmet sich dem Werk von Gerhard Marcks und seines Freundeskreises widmen („Wege aus dem Bauhaus“, noch bis 15. November). Und das Bauhaus-Archiv/Museum für Gestaltung in Berlin wird vom 15. November bis 5. März die Ausstellung „Licht! Fotografie am New Bauhaus Chicago“ zeigen.

Im Vorgriff auf die im nächsten Jahr anstehende denkmalgerechte Sanierung des von Walter Gropius erbauten Hauses – und dessen Ergänzung um einen Neubau von Staab Architekten – hat das Bauhaus-Archiv seinen Dauerausstellungsbereich geräumt. Einige Schlüsselwerke aus der eigenen Sammlung und auch vergleichsweise unbekanntere Arbeiten sind derzeit unter dem Titel „Bauhaus in Bewegung“ im Wechselausstellungsraum zu sehen.

Die kleine und stellenweise exquisite Schau versammelt Werke berühmter Bauhaus-Lehrer, aber auch Schülerarbeiten, die sich dem Thema „Bewegung“ im wörtlichen – körperlichen – Sinne widmeten beziehungsweise mit ihren dynamischen Formen dem zunehmend mobilen und beschleunigten gesellschaftlichen Leben Ausdruck verliehen. Im Subtext der Ausstellung wird zudem das Bauhaus selbst als eine Schule dargestellt, die mit ihren legendären Festen, mit Direktoren- und Lehrerwechseln und nicht zuletzt mit den beiden kompletten Umzügen eigentlich immer in Bewegung und immer im Wandel begriffen war.

„Die Gleichzeitigkeit der Ereignisse erweitert maßlos unsern Begriff von ‚Zeit und Raum‘, sie bereichert unser Leben. Wir leben schneller und

daher länger“, notierte Hannes Meyer 1926 – ein Jahr, bevor er als „Meisterarchitekt“ ans Bauhaus berufen wurde, dessen Leitung er, als Gropius' Nachfolger, ein weiteres Jahr später übernahm. Möglicherweise hatte Meyer dabei Umbos Collage „Der rasende Reporter (Egon Erwin Kisch)“, ebenfalls aus dem Jahr 1926, vor Augen, eine Art multitaskingfähige Mensch-Maschine, die im Original nicht erhalten ist, aber einen festen Platz im kollektiven Bildgedächtnis aus jener Zeit einnimmt (das Bauhaus-Archiv zeigt eine autorisierte Fotografie der Collage). Ebenso wie Lyonel Feiningers Holzschnitt „Kathedrale“, der als Titelblatt für Gropius' Manifest und Programm des Staatlichen Bauhauses (1919) verwendet wurde und folgerichtig den Auftakt der aktuellen Ausstellung bildet.

Neben einigen bekannten Meisterwerken aus der weltweit größten Bauhaus-Sammlung bietet „Bauhaus in Bewegung“ auch zahlreiche Bewegungs- und Materialstudien aus den Vorkursen Albers, Itten und Moholy-Nagy sowie zahlreiche Fotografien, darunter Aufnahmen vom Sportunterricht am Bauhaus – auf dem Dach des Bauhausgebäudes und vor dem Prellerhaus.

Dass die Schule sich selbstbewusst zu inszenieren verstand, belegt etwa die Fotografie „Gymnastik im Walde. Vorbildlicher Sprung über 3 Stühle“ (nach 1927), ein Werk von Pacific & Atlantic Photo, das eine dynamische Sportlerin in den Kontext eines Stahlrohrstuhl-Entwurfs von Marcel Breuer stellt. T. Lux Feiningers Fotografie „Die Weberinnen auf der Bauhaustreppe“ (1927), deren Komposition einer Idee Oskar Schlemmers folgte, diente letztlich als Vorlage für dessen Gemälde „Bauhaustreppe“ (im Museum of Modern Art New York); das Bauhaus-Archiv zeigt die maßidentische Werkzeichnung (Kohle, Graphit und Farbstift auf Transparentpapier) aus dem Jahr 1932, die – zeitlich gesehen – den Schlusspunkt der Ausstellung bildet.

Bauhaus in Bewegung

Bauhaus-Archiv/Museum für Gestaltung,
Klingelhöferstraße 14, 10785 Berlin

www.bauhaus.de

Bis 13. November

Bauwelt Kongress 2017

Zukunft Wohnhochhaus?

7.–8. Dezember im Kosmos Berlin

Positionen u. a. von

Beat Aeberhard

Kantonsbaumeister Basel-Stadt
Basel

Dominique Perrault

DPA
Paris

Markus Allmann

Allmann Sattler Wappner Architekten
München

Justus Pysall

Pysall Architekten
Berlin

Andreas Bründler

Buchner Bründler Architekten
Basel

Jacob van Rijs

MVRDV
Rotterdam

Heinz Bude

Professor für Makrosoziologie
Universität Kassel

Ole Scheeren

Büro Ole Scheeren
Berlin

Stefanie Frensch

Geschäftsführerin HOWOGE
Berlin

Stephan Schütz

gmp Architekten
Berlin

Finn Geipel

LIN Architekten Urbanisten
Berlin

Oliver Wainwright

Architekturkritiker
The Guardian
London

Regula Lüscher

Senatsbaudirektorin
Berlin

Programm und Anmeldung
www.bauwelt.de/kongress

Wolf Mangelsdorf

BuroHappold
New York

Claudia Meixner

Meixner Schlüter Wendt Architekten
Frankfurt a. M.

AUSSCHREIBEN.DE



- 930.000 Ausschreibungstexte + Produktinformationen
- von über 550 Produktherstellern

gratis



Zum sozialen Wohnungsbau im neuen Frankfurt

Lore Kramer

Wenn ein Mensch künftig sagt, das neue Bauen sei eine kalte, herzlose Verstandesangelegenheit, eine seelenlose Gleichmacherei, dann verweise man ihn darauf, daß wir Architekten des neuen Bauens nie verletzt sein werden, wenn man unsere Architektur kritisiert, daß man uns aber dabei ins Herz trifft, wenn man verkennet, daß Menschlichkeit, d. h. die Berücksichtigung der sozialen Momente einer der Grundpfeiler ist, auf dem wir das Gebäude errichten, über dessen Wert oder Unwert die Mitwelt streitet, die Nachwelt entscheidet.

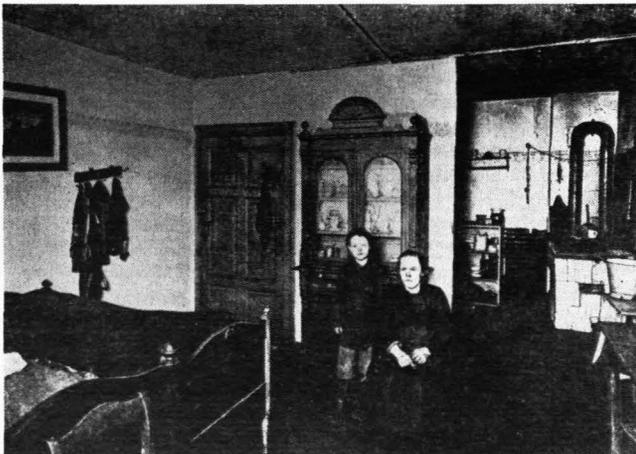
Ernst May

Heute, zu einer Zeit, in der es mehr als 350 Millionen Obdachlose auf der Welt gibt, sollten Konzepte einer Reform des Zusammenlebens und bauökonomische Strategien wieder ein zentrales Thema sein, so wie sie wesentliches Anliegen von Ernst MAY und den Architekten des neuen Frankfurt gewesen sind.

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war das Problem der Arbeiterwohnungen ungelöst, die Wohnsituation Minderbemittelter katastrophal geblieben. Die Industrialisierung, der nicht zu bewältigende Zustrom in die Städte, die unter spekulativen Gesichtspunkten gebauten Mietskasernen, die verslumten Großstädte waren wesentliche Ursachen dieser Wohnungsnot. Einzelne Gesetzinitiativen zur Verbesserung dieser prekären Lage hatten keine Auswirkungen.

Die verheerende Situation nach dem Ersten Weltkrieg, Hungersnot, Arbeitslosigkeit, Hochinflation, Flüchtlingsmassen, der jährliche Bevölkerungszuwachs und die während der Kriegsjahre durch das Fehlen jeglicher Reparatur- und Sanierungsarbeiten verkommene Bausubstanz sowie die heute kaum mehr vorstellbar begrenzten Mittel zwangen zur Entwicklung wirkungsvoller bauökonomischer Strategien. Die städtischen Kommunen erklärten den sozialen Wohnungsbau zur politischen Programmatik, nur noch sie konnten die Finanzierung dieser riesigen Bauvorhaben übernehmen. Es wurde eine sogenannte Hauszinssteuer auf den unzerstörten Immobilienbesitz geschaffen. Sozialer Gedanke dieser Steuer war es, für Minderbemittelte Wohnraum nach Bedarf und nicht nach den finanziellen Mitteln bereitzustellen, eine „gewinnlose Bautätigkeit“, wie sie Rudolf EBERSTADT¹ bereits 1917 gefordert hatte, durchzusetzen. Diese Steuer sollte auch einen Ausgleich schaffen zwischen den von Krieg und Inflation verschont gebliebenen immobilien Werten, die durch den rapiden Verfall der Währung von den Hypothekenschulden entlastet wurden und den totalen Vermögensverlusten der Bevölkerung.

Auch die neuen gesellschaftlichen Leitbilder zwangen zu neuen Überlegungen über die richtige Methode einer solchen Baupolitik: Ob aus wirtschaftspolitischen und psychologischen Gründen das Etagenhaus oder das Einfamilien-Reihenhaus vorzuziehen ist, ob vielgeschossige Blockbebauung mit Gemeinschaftseinrichtungen im Stadtzentrum oder Siedlungen im Sinne der Gartenstadt das bes-



1 Wohnraum für Eltern und zwei Kinder in Berlin, Schönhauser Allee, 1920



2 Frankfurter Wohnungsbau. Kleinstwohnungen mit hochklappbaren Betten in den Außenganghäusern der Siedlung Praunheim. Anton Brenner

sere Konzept seien, wurde heftig diskutiert. Der kommunale Wohnbau in Wien und das neue Frankfurt demonstrieren diese beiden gegensätzlichen Lösungen, die sich auch in ihrer Finanzierung und Amortisierung wesentlich unterscheiden. Beiden Experimenten gemeinsam aber war das Vorhaben, die herrschenden Lebens- und Wohnverhältnisse entscheidend zu verbessern.

Gleichermaßen wie in Wien bestimmte 1925 die sozialdemokratische Mehrheit der Stadtverordneten in Frankfurt am Main das soziale Wohnungsbauprogramm. Der Oberbürgermeister Ludwig LANDMANN, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, berief den Architekten Ernst MAY nach Frankfurt. Als Stadtrat und Baudezernent übernahm und koordinierte er alle Ämter, die Plänen,

Typisierung, Finanzierung und Bauen betrafen, um seine Idee des neuen Wohnens, der neuen Stadt zu verwirklichen. Es war eine einmalige Chance und durch die kooperative Arbeit des kulturell wie sozialpolitisch engagierten Oberbürgermeisters und des Finanzgenies, des Stadtkämmerers Bruno ASCH, eine Konstellation, die es nie wieder gegeben hat und die unter dem Begriff „Das neue Frankfurt“ international bekannt geworden ist.

Ernst MAYs Entwicklung wurde entscheidend geprägt durch seine Mitarbeit im Büro von Sir Raymond UNWIN (1910–1912) am Projekt Hampstead. UNWINS soziale Zielsetzung, durch Stadtplanung vor allem der minderbemittelten Bevölkerung zu einem besseren Leben zu verhelfen, setzten für MAY Maßstäbe, brachten ihn mit der Fabian Society zusammen und bestimmten seine damalige – heute wiederum aktuelle – Auffassung, die er in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift Das Neue Frankfurt definiert hatte: „Solange Siedlungen dem ausschließlichen Gesichtspunkte der Menschenunterbringung dienen, ohne der Aufgabe einer geistigen Förderung des Gemeinschaftswesens zu dienen, haben sie ihren Zweck nur unvollkommen erreicht.“²

MAYS zentraler Gedanke war es, die Stadt nicht mehr peripher, sondern durch Trabanten zu erweitern. Die damalige Entwicklung der Verkehrstechnik ermöglichte diese Idee, die Wohnsiedlungen – losgelöst vom alten Stadtkern – ins Freiland hinauszuschieben, aus technischen sowie aus psychologischen Gründen angeschlossen an ältere Ortschaften. Sie blieben allerdings ohne urbane Zentren und entsprechen somit nicht der Konzeption der „Gardencities“ Ebenezer HOWARDS. „Luft, Licht und Hygiene“ war damals eine der dringenden Forderungen, denn die deprimierenden Folgen der sonnenlosen, stickigen Behausungen in Mietskasernen mit Hinterhöfen, die seuchenartigen Erkrankungen mit hoher Sterblichkeit oder lebenslanger Behinderung wie Tuberkulose oder Rachitis waren nur zu bekannt und nicht zuletzt war die hieraus resultierende volkswirtschaftliche Belastung gefürchtet. Aus dieser damals hochaktuellen Forderung einer Geländeaufschließung unter dem Aspekt „sozialer Wirtschaftlichkeit“³ und dem damit verbundenen Ziel, allen Wohnungen gleich günstige Licht- und Belüftungsverhältnisse zu geben, wurde die herkömmliche Straßenrandbebauung durch Doppelreihenbebauung mit Gärten und später durch die heute heftig kritisierte Zeilenbauweise ersetzt. Es ging aber auch darum, daß die Wohnung „gefühlsmäßig befriedigt“. Dies wurde „nicht nur durch die Art der Ausbildung der einzelnen Räume und ihrer Anordnung zueinander erreicht, sondern in ganz besonderem Maß durch Hereinsaugung von Licht und Sonne in die Wohnung.“⁴

Aufgrund von statistischen Berechnungen hatte Ernst MAY einen Generalbebauungsplan der gesamten Stadt aufgestellt, und innerhalb eines Jahrzehnts sollte die Wohnungsnot planmäßig – der wirtschaftlichen Lage angepaßt – beseitigt werden. Im Westen, entlang der Nidda, in der landschaftlich schönen Ebene vor dem Taunus, fanden sich geeignete Freiflächen. Da die Kaufpreise mit 5–15 RM pro m² zu hoch und Umliegungsverfahren zu langwierig waren, wurde es notwendig, auf der Grundlage des preußischen Behebungsgesetzes zu enteignen, so daß der Quadratmeterpreis auf 3,50 gesenkt werden konnte. Der Grundstückspreis bestimmte nicht mehr die Planung, die Gedanken „sozialer Wirtschaftlichkeit“ und „sozialer Nützlichkeit“ waren ausschlaggebend,⁵ Spekulation und Profit ausgeschaltet.

Die Durchführung dieser riesigen Bauvorhaben unter den damaligen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedingungen war nur durch gezielte bauökonomische Strategien möglich:

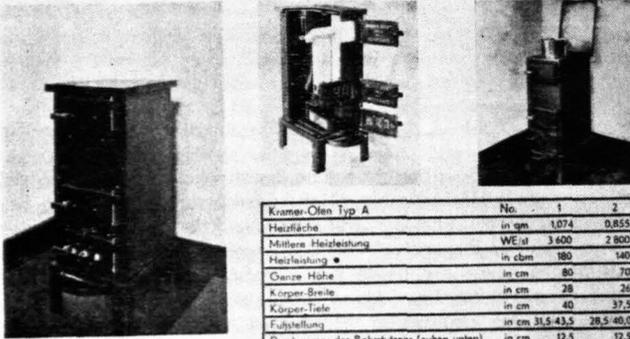
- durch Rationalisierung und Standardisierung der Grundrisse und Berücksichtigung zentraler Bewirtschaftung (wie Warmwasser- und Heizungsanlagen, Wäschereien, Gemeinschaftsküchen, Kinderschulpeisung, Kindergärten u. a.);
- durch konsequente Umstellung der Bautechnik von handwerklicher auf industrielle Produktion, durch Typisierung und Standardisierung der großformatigen Bauelemente (Frankfurter Montageverfahren).

Neue Lebensformen, Wertvorstellungen und Lebensbedürfnisse bestimmen ebenfalls entscheidend das Konzept der Grundrisse: Das Alltagsleben der Familie setzte die Maßstäbe für die Wohnung. Stichworte wie Emanzipation der Frau, Organisation des Ablaufes des täglichen Lebens, Kooperation anstelle von konkurrierender Repräsentation und Rationalisierung als Lebensbereicherung charakterisieren damalige Zielvorstellung.⁶ Es galt, wie Mart STAM es definierte, „ein Höchstmaß an Brauchbarkeit, an Bequemlichkeit“ für wenig Geld zu bieten.⁷

DAS FRANKFURTER REGISTER 3

KRAMER OFEN

GUSSEISERNER DAUERBRANDOFEN IRISCHER BAUART / AUSFÜHRUNG SCHWARZ EMAILLIERT, BESCHLÄGE VERNICKELT MIT STURZZUG, KOCHEINRICHTUNG UND AUFKLABBAREM DECKEL



Kramer-Ofen Typ A	No.	1	2
Heizfläche	in qm	1,074	0,855
Mittlere Heizleistung	WE/Std	3.600	2.800
Heizleistung	in cbm	180	140
Ganze Höhe	in cm	80	70
Körper-Breite	in cm	28	26
Körper-Tiefe	in cm	40	37,5
Fußstellung	in cm	31,5-43,5	28,5-40,0
Durchmesser des Rohrstutzen (außen unten)	in cm	12,5	12,5
Höhe bis Unterkante Rohrstutzen	in cm	64	54
Gewicht mit Verpackung	ca. kg	90	72

* Diese Angabe gilt nach den z. Zt. gültigen von der Vereinigung deutscher Eisen- und Stahlwerke aufgestellten Richtlinien unter der Voraussetzung normaler Bauweise bei einer Außenlufttemperatur von +0°C für eine Raumlufttemperatur von +20°C

NACH NEUEN GESICHTSPUNKTEN ENTWORFEN VON ARCHITEKT DIPL.-ING. F. KRAMER FRANKFURT AM MAIN

BÜRGER EISENWERKE G. M. B. H. BURG (DILLKREIS)
EISENWERKE HIRZENHAIN HUGO BUDERUS G. M. B. H. HIRZENHAIN (OBERHESSEN)

3 Das Frankfurter Register. Ofen von Ferdinand Kramer

DAS FRANKFURTER REGISTER 11

EIN NEUER GEDANKE FÜR DAS KLEINSTBAD AUF KLEINSTEM RAUM



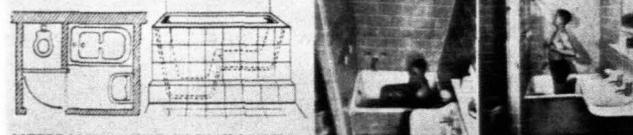
BELCO CAMERA BAD
D. R. P. A.

Wanne, abgeschlossenes Klosett, Waschlich, Heizkörper und Garderobe auf einer Grundfläche von nur 1,7 x 1,5 m.

Die neue kombinierte Sitz-, Fuß-, Brause- und Badewanne „Cella“. Raum u. Wasser sparend.

Wannenfüllung ca. 2 Minuten · Wasserlauf ca. 2 Minuten
Größe der Wanne ca. 104 cm lang, 70 cm breit, 62 cm tief.

ENTWURF ARCHITECT KARL GUTHMANN FRANKFURT AM MAIN

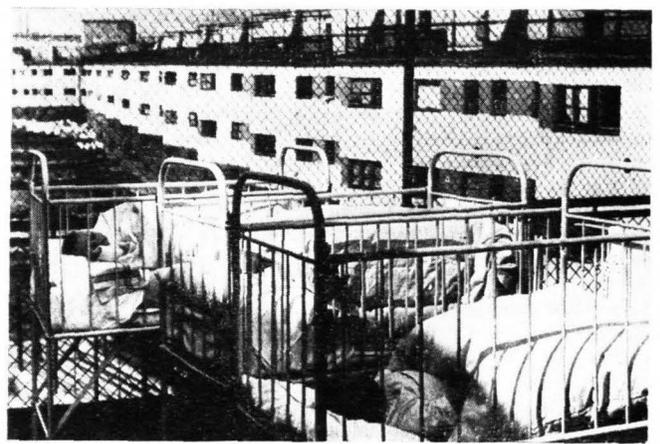


LIEFERANTEN UND FABRIKANTEN
BAMBERGER, LEROI & CO. A.-G. FABRIK SANITÄRER EINRICHTUNGEN
FRANKFURT AM MAIN

4 Das Frankfurter Register. Kleinstbad



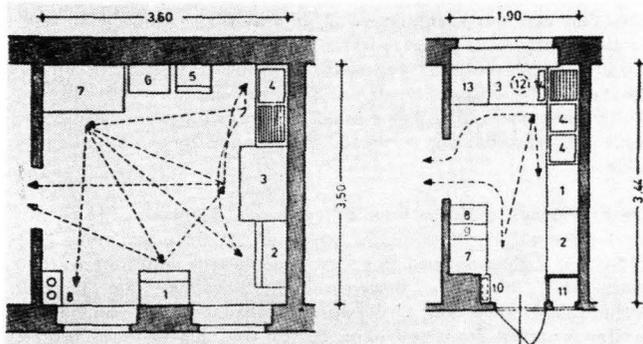
5 Die Frankfurter Küche. Margarete Schütte-Lihotzky, 1926



7 Frankfurter Wohnungsbau. Terrasse des Kindergartens in der Siedlung Bruchfeldstraße



8 Frankfurter Wohnungsbau. In einem Kindergarten



6 Analyse der Arbeitswege. Schrittersparnis in der Frankfurter Küche (rechts) gegenüber einer herkömmlichen Küche. Darstellung von M. Schütte-Lihotzky



9 Frankfurt am Main, Siedlung Westhausen. 1929–1931. Ernst May und Mitarbeiter. Viergeschossige Außenganghäuser von Ferdinand Kramer in Zusammenarbeit mit Eugen Blank

Auch der Innenausbau, die Einrichtung, die kleinsten Dinge in der Wohnung mußten für eine industrielle Fertigung neu durchdacht werden. Es entstanden die sogenannten „Frankfurter Normen“, die jeder, der einen Anspruch auf Mittel aus der Hauszinssteuer erhob, benutzen mußte, um dadurch eine risikofreie Massenproduktion zu niedrigen Preisen zu ermöglichen. Auch diese Frankfurter Normen veranschaulichten die neuen Wertvorstellungen, die Gedanken sozialer Nützlichkeit. Im einzelnen gehörten dazu:

- Türen aus Sperrholz mit Stahlzargen und Beschläge ohne ornamentale Applikationen;
- energiesparende Allesbrenner, wie der KRAMER-Ofen von Buderus;
- elektrische Beleuchtungskörper, von Kramer dem Zwecke und der neuen Energie entsprechend gestaltet;
- die noch heute aktuelle, Platz, Energie und Wasser sparende Sitzbadewanne ebenfalls von Kramer und
- die auf kleinstem Raum konzentrierte, als Arbeitsinstrument entwickelte Küche der Wiener Architektin Margarethe LIHOTZKY, die vielzitiert Frankfurter Küche, die – wie es Ernst MAY damals

definierte – von einer Frau mit Frauen für Frauen entwickelt worden ist.⁸

An Stelle der großen Küche mit freistehenden Möbeln nun eine Küche wie im Speisewagen der Mitropa mit eingebauten Schränken, mit Gas- oder Elektroherd, Metallspüle und allem Zubehör – griffbereit – zu einem Stückpreis von damals 238,50 RM (bei einem durchschnittlichen Wochenlohn eines Arbeiters von 48 RM).⁹

Zwischen dem Einkommen eines Arbeiters und den Küchenkosten bestand aber keinerlei Relation, wie Margarethe SCHÜTTE-LIHOTZKY ausdrücklich betonte, da die „Kosten mit samt allen so raffinierten Einrichtungsgegenständen den Baukosten zugeschlagen, mit subventioniert und auf die Miete umgelegt wurden... Nach unserer Berechnung erhöhte sich die Miete durch alle baulichen Grundlagen und Einrichtungsgegenstände der Frankfurter Küche um 1 Mark monatlich, dafür brauchte der Mieter keine Küchenmöbel zu kaufen. Diese eine Mark war absolut tragbar“, schrieb sie mir am 30. 8. 1986.

Wohl wissend, daß vor allem die Frauen unter den Bausünden zu leiden haben, setzte Margarethe LIHOTZKY die Erkenntnisse aus den Arbeitsablaufanalysen in der Küche der Amerikanerin Christine FREDERICK in den Wohnungsbau um. Wie stark dieses Buch von Christine FREDERICK „Die rationelle Haushaltsführung“, das die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Irene Witte übersetzt hatte,¹⁰ eingebunden war in emanzipatorische Bestrebungen, verriet der herausfordernd selbstbewußte Titel der niederländischen Ausgabe: „De denkende huisvrouw“. Andere Publikationen wie: „Macht Euch endlich frei von der Haushalt-Sklaverei! Hausfrauen – der halbe Tag gehört Euch!“¹¹ zeigen die Brisanz dieses Themas.

Ernst MAY schrieb über die Frankfurter Küche voller Stolz: „Die Wohnküchen sind bei uns so angeordnet, daß der gesamte Wirtschaftsbetrieb abtrennbar ist vom Wohnteil, so daß die Belästigung der Bewohner durch Geruch, Dämpfe und vor allem auch gefühlsmäßige Belästigung durch herumstehende Speisereste, Teller, Schüsseln, Aufwaschlappen und dergl. wegfällt. Die Einrichtung unserer Küchen dürfte bisher noch nirgends in gleicher Vollkommenheit vorzufinden sein.“¹² Dennoch formierte sich schon damals erste Kritik an der „Überorganisation“ dieser Küche, weil die Menschen meist anders wirtschaften, als hier vorgesehen sei.¹³

Auch die Möblierung der im Vergleich zu den Altbauten wesentlich kleineren Räume der Neubauten verlangte neue Lösungen, die im Angebot des Möbelhandels fehlten, der noch fixiert war auf komplette Zimmergarnituren aus Massivholz als Statussymbole. Um den dringend benötigten Platz nicht durch voluminöse freistehende Schränke zu verschwenden, wurden Wandschränke eingebaut, Schrankräume, „closets“, die bis ins 18. Jahrhundert in Europa allgemein üblich waren – wie heute noch in England und Amerika – die aber sonderbarer Weise in Deutschland kaum noch angewendet wurden. Vor allem aber galt es variable, nach individuellem Bedarf kombinierbare Möbel zu entwickeln und zwar aus dem leichten, während des Krieges durch den Flugzeugbau perfektionierten Sperrholz.

In einer leerstehenden Kaserne richtete die Stadtverwaltung auf Initiative von Ferdinand KRAMER die Erwerbslosenzentrale ein. Arbeitslose Schreiner produzierten hier Möbel nach Entwürfen von Franz SCHUSTER und nach den Wettbewerbsentwürfen von Ferdinand KRAMER, mit denen er 1925 den Wettbewerb der städtischen Hausrat GmbH (Gemeinnützige Möbelversorgung im Rhein-, Main- und Lahngebiet) gewonnen hatte. Es war erstaunlich, daß erst der kommerzielle Erfolg dieser gemeinnützigen Produktion der Stadt Frankfurt privatwirtschaftliche Betriebe und den Handel dazu zwang, diese Ideen moderner Möblierung aufzugreifen. Erstaunlicher Weise akzeptierten damals Wohlhabende wie Minderbemittelte, Arbeiter und Intellektuelle diese neuen Möbel, weil sie leicht instand zu halten, preiswert und beliebig kombinierbar waren. Sie identifizierten sich mit der ungewohnten Formensprache dieser Möbel, die einfach, aber keinesfalls dürftig waren. Die sich ausbreitende national-sozialistische Ideologie mit ihrem Blut-und-Boden-Wahn, ihrer kleinbürgerlichen Geschmackserziehung zu einer „völkischen“ Kultur unterbrach diese Entwicklung bereits vor 1933.

Der inflatorisch steigende Bauindex, die immer größer klaffende Differenz zwischen der angestrebten Miete, die einen Wochenlohn nicht überschreiten durfte, und den rapide wachsenden Hypothekenzinsen erschwerten die Bautätigkeit zunehmend. Schließlich waren der Bauindex von 1914–1929 bis zu 190 % und die Zinskosten auf 250 % gestiegen.¹⁴ Die Mieten wurden untragbar, da auch die Hauszinssteuer mehr und mehr als Finanzierungsquelle versiegte.

Diese Situation zwang dazu, die geplanten Kollektiveinrichtungen wie Volkshäuser aufzugeben, sowie die Wohnflächen noch mehr zu reduzieren. Es entstand „Die Wohnung für das Existenzminimum“, die das Thema des 2. Kongresses der CIAM (Les Congrès Internationaux d'Architecture Moderne) 1929 in Frankfurt am Main war. Unter diesen Bedingungen entstanden damals in Frankfurt am Main:

- die Ganghäuser in Praunheim des Österreicher Anton BRENNER;
- die Hellerhof-Siedlung, Arbeiterwohnungen von Mart STAM, die ausgerechnet unter dem Vorwand altenfreundlicher Sanierung – trotz heftiger Proteste des Deutschen Werkbundes und internationaler Hochschulen, trotz Denkmalschutz – in neuester Zeit demoliert wurden;

- die Obdachlosensiedlung Mammolshainer Straße, die heute nicht mehr existiert, obwohl sie leider wieder notwendig wäre;
- die Siedlung Westhausen mit den Einfamilien-Reihenhäusern und den von Eugen BLANCK und Ferdinand KRAMER bearbeiteten Außenganghäusern.

Die Wohnungen in den Außenganghäusern waren zentral beheizt, und für die Bewohner stand eine Zentralwäscherei mit Waschmeister und den modernsten Geräten zur Verfügung, was damals ein Luxus war. Zu 75 % lebten Arbeiter- und zu 25 % Angestelltenfamilien in Westhausen.¹⁵ Der monatliche Mietpreis für eine dreiräumige Wohnung betrug 51 RM. Zu den Wohnungen im Erdgeschoß und im ersten Obergeschoß gehörte Gartenland, um den beengten Wohnraum zu erweitern. Architektur sollte die physischen und psychischen Bedürfnisse der Bewohner erfüllen, die größtmögliche Hilfe zur Bewältigung des täglichen Lebens bieten und zur Kooperation anregen.

Trotz größter finanzieller Schwierigkeiten favorisierte Ernst MAY damals noch immer den 2-geschossigen Flachbau, das Einfamilienhaus, das für ihn „die idealste, weil natürlichste Wohnform“ war. „Es sichert der Familie die häusliche Ruhe und Zurückgezogenheit, die gerade in einer stark kollektivistisch reagierenden Epoche ihre besondere Bedeutung erhält“, präziserte er seine damalige Auffassung. „Nie wird die Wohnung im vielgeschossigen Mietshause der Familie und vor allem dem Kinde die gesunde Lebensbedingungen ersetzen können, die das Einfamilienhaus bietet“.¹⁶

Einen Beitrag zur Diskussion des Kongresses der CIAM über kollektives Wohnen bot das Altersheim der Henry-und-Emma-Budge-Stiftung in Frankfurt am Main, insbesondere der Wettbewerbsentwurf der Architekten STAM, MOSER und KRAMER. Es sollte kein Altersheim im bisher üblichen Sinne sein, keine Kasernierung und entwürdigende Bevormundung alter Menschen, sondern ein kollektiv bewirtschaftetes Rentnerhotel. Eine klare und übersichtliche Planung sollte das oftmals behinderte Wahrnehmungs- und Orientierungsvermögen alter Menschen erleichtern. Jeder Bewohner sollte größtmögliche Bewegungsfreiheit haben und jeder bedrückende, beengende Eindruck durch möglichst offene und durchsichtig gestaltete Raumbegrenzungen von vornherein ausgeschlossen sein. Die Gemeinschaftsräume sollten sich flexibel verändernden Bedürfnissen anpassen. Ebenfalls charakteristisch für jene Zeit war der Gedanke, ein Solarhaus zu bauen, die Wohnungen nach Süden auszurichten, um möglichst viel Licht und Wärme, die für ältere Menschen lebensnotwendig sind, in den Räumen aufzufangen. Heute ist der von Bomben des zweiten Weltkrieges unzerstörte Teil dieses Gebäudes amerikanische Zahnklinik – ein Symbol der zerstörten Hoffnungen jener jungen Architekten.

Die Freiflächenschule im Pavillonsystem am Bornheimer Hang von Ernst MAY zeigt exemplarisch, daß auch im Schulbau neue Leitbilder der Erziehung und des Zusammenlebens realisiert wurden. Leichtigkeit, lebendige Beweglichkeit, Sichöffnen zur Umwelt, Wohllichkeit, Heiterkeit und Zwanglosigkeit anstelle von bedrückender Autorität charakterisieren diesen Bau. Ein wesentliches Ziel von Ernst MAY war es, das „kulturelle Niveau der Siedler zu heben“,¹⁷ denn als Brennpunkt menschlicher Siedlung „spiegelt die Großstadt klar den jeweiligen Kulturstand eines Volkes“.¹⁸ Unter diesen Aspekten engagierte sich Ernst MAY für die Entfaltung eines kulturellen städtischen Lebens. Für ihn war der moderne Städtebau „Funktion der neuen Einstellung des Menschen zum Leben“.¹⁹ Letzten Endes sollten das Haus, die Wohnung, der Hausrat den Bewohner herausfordern, „alles neu zu überdenken, sein Leben neu zu ordnen“.²⁰

Die von Ernst MAY gegründete Zeitschrift „Das Neue Frankfurt“ (eine „Internationale Monatsschrift für die Probleme kultureller Neugestaltung“), das Frankfurter Register (ein Katalog vorbildlicher Gebrauchsgegenstände, „eine sehr streng gewählte Übersicht über die allerbesten Erzeugnisse der Serienindustrie für die Wohnungseinrichtung“²¹), Radiovorträge und die „Frankfurter Kurse für Neues Bauen“ informierten über die neuen Ziele.

1930 erhielt Ernst MAY den Ruf als Mitarbeiter der Zekom-Bank zur Planung von Industriestädten in der Sowjetunion. Mit seinem Weggang ging ein bedeutsamer Entwicklungsabschnitt zu Ende, umso mehr als auch die Hauszinssteuer, das Rückgrat der Wohnungsbaufinanzierung versiegte und der politische Wandel sich

deutlich abzuzeichnen begann. In 5 Jahren, von 1925–1930, war es immerhin möglich gewesen, für 11 % der Frankfurter Bevölkerung menschenwürdige Wohnungen zu verwirklichen. Die Baugestalt der Frankfurter Siedlungen zeigt den konsequenten Versuch, eigene zeitgemäße Ausdrucksformen zu entwickeln. Die Wiederholung gleicher, vereinfachter Formen sollte beispielsweise die Gleichheit einer neuen, demokratischen Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Diese Bauten der 20er Jahre entstanden in einer Zeit größter Not, aber voller Hoffnung auf die Zukunft.

Heute allerdings ist eine derartige kollektive Lebensauffassung den Bewohnern fremd. Besitz wird im wesentlichen zur Aussage der Individualität benutzt, die Umwelt verändert und neuen Bedürfnissen und Wertvorstellungen angepaßt, die allerdings weitgehend von Trends, Werbesuggestionen und Statusdenken bestimmt sind. Obwohl die Architektur diese Eingriffe verträgt, die emotionale Zuwendung und Auseinandersetzung mit der eigenen Umwelt zeigen, offenbaren diese Umbauten allerdings in deprimierender Weise das Fehlen jeglicher nachbarschaftlicher Kommunikation. Daß es auch anders geht, demonstrierten die Bewohner von Westhausen in ihrer instruktiven Ausstellung 1983 „50 Jahre Westhausen – Einwohner zeigen ihre Siedlung im Wandel von fünf Jahrzehnten“, in der die Bewohner, die zum Teil schon in der dritten Generation dort leben, eindringlich dokumentieren, wie sehr sie sich auch heute noch mit ihrer Siedlung identifizieren. Noch immer Gültigkeit hat der Versuch Ernst MAYS und seiner Mitarbeiter, das Wohnen von herkömmlichen Zwängen, von aufwendiger Perfektion, vom Prestigedenken zu befreien und zur eigenen Stellungnahme, zum Selbsttun herauszufordern.

Anmerkungen

Der Beitrag beruht auf Texten von Ferdinand und Lore KRAMER

- 1 Vgl. Rudolf Eberstadt: Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage. Jena, 1917
- 2 Ernst May: Fünf Jahre Wohnungsbautätigkeit in Frankfurt am Main. – In: Das Neue Frankfurt (DNF), Heft 2/3, 1930

- 3 Ernst May: Das soziale Moment in der neuen Baukunst. – In: DNF H 5, 1928, S. 77–83 sowie Ernst May: Grundlagen der Frankfurter Wohnungsbaupolitik. – In: DNF, H. 7/8, 1928, S. 113–124
- 4 Ernst May: Fünf Jahre Wohnungsbautätigkeit in Frankfurt am Main. – In: DNF, H. 2/3, 1930, S. 21–70
- 5 Ernst May in DNF, H. 7/8, 1928, S. 116
- 6 Vgl. hierzu Ferdinand Kramer: Individuelle oder typisierte Möbel? – In: DNF, H. 1 1928, S. 8–11, – Ferner: Die Baugilde 4/1928 – 7 Arts Bruxelles 5/1928 – Katalog „Typenmöbel“, eine Ausstellung des Gewerbemuseums Basel, 2. 6.–7. 7. 1929 – Ferdinand Kramer. Werkkatalog 1923–1974, Schriftenreihe 3 der Architektenkammer Hessen – Ferdinand Kramer Architektur und Design, Bauhaus-Archiv Berlin 1982
- 7 Mart Stam: Wie Bauen? – In: Bau und Wohnung. Herausgegeben vom Deutschen Werkbund, Stuttgart, 1927, S. 125–126
- 8 DNF, H. 2/3, 1930, S. 38
- 9 Vgl. dazu Ernst May: Die Wohnung für das Existenzminimum. – In: DNF, H. 11/1929, S. 209
- 10 Vgl. Christine Frederick: Die rationelle Haushaltführung. Betriebswissenschaftliche Studien. Autorisierte Übersetzung durch Irene Witte. Berlin, 1922 (2. Auflage) S. 32 – (Veröffentlicht in den USA in Ladies Home Journal, 1912, unter dem Titel: The New Housekeeping – Efficiency Studies in Home Management)
- 11 Macht Euch endlich frei von der Haushalt-Sklaverei! Der vereinfachte Haushalt und wie man ihn zeitgemäß führt. Hausfrauen, der halbe Tag gehört Euch! – In: Ullstein-Sonderheft Nr.: 159/60, herausgegeben v. Erna Meyer
- 12 Ernst May: Wohnungspolitik in Wien und Frankfurt. Frankfurter Volksstimme vom 22. 9. 1926
- 13 Vgl. Ludwig Neundörfer: So wollen wir wohnen. Stuttgart, 2. Auflage 1930, S. 55–56 und Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen: Sonderheft Nr. 4, April 1929. – S. 22–23
- 14 DNF, H. 2/3 1930. – S. 24
- 15 Siedlung Westhausen in Frankfurt a. M. Architekten: Blanck und Kramer. – In: Wasmuths Monatshefte 1/1932, S. 11–14
- 16 DNF, H. 2/3, 1930. – S. 36
- 17 Ernst May, zitiert von Mohr und Müller: – In: Funktionalität und Moderne – Das Neue Frankfurt und seine Bauten 1925–1933. Frankfurt am Main/Köln, 1984. – S. 46
- 18 Ernst May: – In: DNF, Jahrgang 1926. – S. 2–11
- 19 ebenda
- 20 Franz Schuster: – In: DNF, Jahrgang 1926. – S. 123–128
- 21 Beilage zu DNF, H. 10/1929

bauhaus und gesellschaft

wir erkennen
in jeglicher lebensrichtigen gestaltung
eine organisationsform des daseins.
wahrhaft verwirklicht
ist jede lebensrichtige gestaltung
ein reflex der zeitgenössischen gesellschaft. —
bauen und gestalten sind eins,
und sie sind ein gesellschaftliches geschehnis.
als eine „hohe schule der gestaltung“
ist das bauhaus dessau kein künstlerisches,
wohl aber ein soziales phänomen.

als gestalter
ist unsere tätigkeit gesellschaftsbedingt,
und den kreis unserer aufgaben schlägt die gesellschaft.
fordert nicht heute in deutschland unsere gesellschaft
tausende von volksschulen, volksgärten, volkshäusern?
hunderttausende von volkswohnungen??
millionen von volksmöbeln??
(was frommt hiegegen das piepsen irgendwelcher kenner)
(nach den kubistischen kuben der bauhaus-sachlichkeit?)
sonach erachten wir als gegeben
die struktur und die lebensbedürfnisse
unserer volksgemeinschaft.
wir erstreben
den größtmöglichen überblick über das volksleben,
die größtmögliche einsicht in die volksseele,
die größtmögliche kenntnis dieser volksgemeinschaft.
als gestalter
sind wir diener dieser volksgemeinschaft.
unser tun ist dienst am volke.

alles leben ist drang zur harmonie.
wachsen heißt
das streben nach harmonischem genuß von
sauerstoff + kohlenstoff + zucker + stärke + eiweiß.
arbeiten heißt
unser suchen nach der harmonischen daseinsform.
wir suchen
keinen bauhausstil und keine bauhausmode.
keine modisch-flache flächenornamentik
horizontal-vertikal geteilt und neoplastisch aufgepöppelt.
wir suchen
keine geometrischen oder stereometrischen gebilde,
lebensfremd und funktionsfeindlich.
wir sind nicht in timbuktu:
ritual und hierarchie
sind keine diktatoren unserer gestaltung.
wir verachten jegliche form,
die zur formel sich prostituiert.
so ist das endziel aller bauhausarbeit
die zusammenfassung aller lebenbildenden kräfte
zur harmonischen ausgestaltung unserer gesellschaft.

als bauhäusler sind wir suchende:
wir suchen das harmonische werk,
das ergebnis bewußter organisation
der geistigen und seelischen kräfte.
jedes menschen werk ist zielgerichtet
und des gestalters welt blickt daraus.
dieses ist seine lebenslinie.
so wird unser werk
kollektiv gerichtet und volksbreit geschichtet
weltanschauliche demonstration.

kunst?!
alle kunst ist ordnung.
ordnung der auseinandersetzung mit diesseits und jenseits,
ordnung der sinneseindrücke des menschenauges,
und je nachdem subjektiv, persönlich gebunden,
und je nachdem objektiv, gesellschaftsbedingt.
kunst ist kein schönheitsmittel,
kunst ist keine affektleistung,
kunst ist nur ordnung.

klassisch:
im modul der logischen raumlehre des euklid,
gotisch:
im spitzen winkelmaß als raster der leidenschaft,
renaissance:
im goldenen schnitt als regel des ausgleichs.
kunst war immer nur ordnung.
wir heutigen ersehnen durch kunst ausschließlich
die erkenntnisse einer neuen objektiven ordnung,
bestimmt für alle,
manifest und mittler einer kollektiven gesellschaft.
so wird
kunstlehre zur systematik der ordnungsgesetze
und unentbehrlich jedem gestalter.
so wird
künstler kein beruf,
sondern die berufung zum ordner.
so wird auch
bauhauskunst ein versuchsmittel objektiver ordnung.

die neue bauschule
als eine erziehungsstätte zur lebensgestaltung
trifft keine begabten-auslese.
sie verachtet
affenhafte geistige beweglichkeit als begabung,
sie achtet die gefahr der geistigen sektenbildung:
inzucht, egozentrik, weltfremdheit, lebensferne.
die neue bauschule
ist eine prüfstelle der eignung.
irgendwo ist irgendwer geeignet.
das leben lehnt keinen ab.
eignung zur symbiose
durchblutet jedes einzelwesen.
dergestalt ergreift erziehung zur gestaltung
den ganzen menschen.
entfernt hemmung, beklemmung, verdrängung.
beseitigt vorwand, vorurteil, voreingenommenheit.
sie vereinigt die befreiung des gestalters
mit der eignung
zur eingliederung in die gesellschaft.

die neue baulehre
ist eine erkenntnislehre vom dasein.
als gestaltungslehre
ist sie das hohe lied der harmonik.
als gesellschaftslehre
ist sie eine strategie des ausgleichs
der kooperativkräfte und der individualkräfte
innerhalb der lebensgemeinschaft eines volkes.
diese baulehre ist keine stil-lehre.
sie ist kein konstruktivistisches system,
und sie ist keine mirakellehre der technik.
sie ist eine systematik des lebenaufbaues,
und sie klärt gleicherweise die belange des
physischen, psychischen, materiellen, ökonomischen.
sie erforscht, begrenzt und ordnet die kraftfelder
des einzelmenschen, der familie und der gesellschaft.
ihre grundlage ist die erkenntnis des lebensraumes
und das wissen um die periodizität des lebensablaufs.
die seelische distanz ist ihr so wichtig
als der in metern meßbare abstand.
ihre gestaltungsmittel sind — bewußt angewendet —
die ergebnisse der biologischen forschung.
weil diese baulehre lebensnah ist,
sind ihre thesen stetig wechselnd;
weil ihre verwirklichung im leben liegt,
sind ihre formen so reichhaltig
wie das leben selber.
„reich sein ist alles.“

zu guter letzt ist alle gestaltung schicksalsbedingt
durch die landschaft:
dem seßhaften ist sie einzig und einmalig,
sein werk ist persönlich und lokalisiert.
fehlt flottantem volk dieser heimatkomplex,
wird das werk leichthin typisch und standard.
ein bewußtes erleben der landschaft
ist bauen als schicksalsbestimmung.
als gestalter erfüllen wir das geschick der landschaft.

hannes meyer.

- (A) Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Es ist demnach so beschlossen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Dritten Protokoll vom 6. März 1959 zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates (Drucksache 121/62).

Eine Berichterstattung kann entfallen.

Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten empfiehlt dem Bundesrat, gemäß Art. 76 Abs. 2 GG **keine Einwendungen zu erheben und festzustellen, daß das Gesetz, wie in den Eingangsworten bereits vorgesehen ist, der Zustimmung des Bundesrates bedarf.**

Widerspruch erhebt sich nicht. — Wortmeldungen habe ich nicht. — Es ist demnach so beschlossen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen Fernmeldevertrag vom 21. Dezember 1959 (Drucksache 129/62).

Eine Berichterstattung ist auch hier nicht erforderlich.

Bestehen gegen die Empfehlungen des federführenden Ausschusses für Verkehr und Post, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben, Bedenken? — Das ist nicht der Fall. Das Wort wird auch nicht gewünscht. Dann stelle ich fest, daß der Bundesrat gegen den Gesetzentwurf **keine Einwendungen** gemäß Art. 76 Abs. 2 GG erhebt.

- (B) Ich schlage Ihnen vor, die Tagesordnungspunkte 12 und 13 gemeinsam zu beraten, weil die Vorlagen im wesentlichen übereinstimmen. — Einwendungen werden dagegen nicht erhoben. Dann rufe ich auf:

Punkt 12 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 5. Juli 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkischen Republik über den Luftverkehr (Drucksache 143/62).

Punkt 13 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 12. Oktober 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Marokko über den Luftverkehr (Drucksache 128/62).

Eine Berichterstattung entfällt.

Der federführende Ausschuß für Verkehr und Post empfiehlt, gegen die Gesetzentwürfe keine Einwendungen zu erheben und festzustellen, daß die Gesetze der Zustimmung des Bundesrates bedürfen.

Bestehen Bedenken gegen diese Empfehlungen, oder wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich fest, daß der Bundesrat **beschlossen hat, gegen beide Gesetzentwürfe keine Einwen-**

gen gemäß Art. 76 Abs. 2 GG zu erheben, und daß er **der Ansicht ist, daß die Gesetze, wie in der Eingangswortformel bereits vorgesehen ist, seiner Zustimmung bedürfen.** (C)

Punkt 14 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über Personalvertretungen im Bundesgrenzschutz (GSPersVG) (Drucksache 138/62).

Von einer Berichterstattung kann abgesehen werden.

Die Empfehlungen des federführenden Ausschusses für Innere Angelegenheiten, des Rechtsausschusses und des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik liegen Ihnen in der Drucksache 138/1/62 vor. Über die Empfehlung unter I — das ist die des federführenden Ausschusses für Innere Angelegenheiten und des Rechtsausschusses — müßte zuerst abgestimmt werden. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Angenommen!

Danach hat der Bundesrat gemäß Art. 76 Abs. 2 GG **beschlossen, zu dem vorliegenden Gesetzentwurf wie vorgeschlagen Stellung zu nehmen. Im übrigen erhebt der Bundesrat keine Einwendungen. Der Bundesrat ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.**

Punkt 15 der Tagesordnung:

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) (Drucksache 53/62). (D)

Zur Berichterstattung für den federführenden Ausschuß für Wiederaufbau und Wohnungswesen darf ich Frau Minister Dr. Ohnesorge bitten.

Frau Dr. Ohnesorge (Schleswig-Holstein), Berichterstatteerin: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Baunutzungsverordnung liegt dem Bundesrat eine Verordnung vor, die für die geordnete städtebauliche Entwicklung der Gemeinden von entscheidender Bedeutung ist. Diese Bedeutung der Verordnung erklärt es, daß nicht nur der federführende Ausschuß für Wiederaufbau und Wohnungswesen als Fachausschuß, sondern auch andere Ausschüsse des Bundesrates sich mit der Vorlage eingehend befaßt haben, und zwar der Agrarausschuß, der Ausschuß für Innere Angelegenheiten, der Wirtschaftsausschuß und der Rechtsausschuß.

Wie Ihnen bekannt ist, sind die Gemeinden durch das Bundesbaugesetz verpflichtet, **Bauleitpläne** aufzustellen, um mit ihrer Hilfe die städtebauliche Entwicklung in Stadt und Land in geordnete Bahnen zu lenken. Zur Verwirklichung dieser Ordnung sind auch **Vorschriften über die bauliche Nutzung der Grundstücke**, insbesondere über die Art und das Maß dieser Nutzung erforderlich. Der Bundesminister für Wohnungswesen ist durch § 2 Abs. 10 des Bundesbaugesetzes ermächtigt, solche Vorschriften mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung zu erlassen. Von dieser Ermächtigung macht er mit dieser Vorlage Gebrauch. Er ist hierzu

(A) nach dem Gutachten des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Mai 1954 verfassungsrechtlich legitimiert. Vorschriften über Art und Maß der baulichen Nutzung der Grundstücke gehören nach dem genannten Gutachten zum Bodenrecht und somit zur Gesetzgebungskompetenz des Bundes.

Zweck der Verordnung ist es, eine möglichst weitgehende bundesrechtliche Vereinheitlichung der Darstellungen und Festsetzungen in den Bauleitplänen, insbesondere über die Bauflächen und Baugebiete, sowie über das Maß der baulichen Nutzung in den verschiedenen Baugebieten zu erreichen. Mit den Vorschriften der Verordnung, die die allgemeinen Anforderungen, die an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse zu stellen sind, wiedergeben, soll insbesondere sichergestellt werden, daß im Interesse der Bevölkerung und zum Schutze des Wohnfriedens störende Anlagen aus Wohngebieten ferngehalten werden; weiter, daß genügend freie Flächen für hauswirtschaftliche Zwecke und für die Erholung auf den Baugrundstücken erhalten bleiben, daß ausreichend Flächen für den ruhenden Verkehr auf den Grundstücken vorhanden sind, und daß der fließende Verkehr auf den öffentlichen Straßen sich nicht in unhaltbarem Maße verdichtet. Andererseits wird sichergestellt, daß auch eine ausreichende und zweckmäßige Versorgung der Bevölkerung mit den Gütern und Leistungen für den täglichen Bedarf gewährleistet wird. Zu diesem Zwecke können in den vorwiegend zum Wohnen bestimmten Gebieten Anlagen für die Nahversorgung der Bewohner errichtet werden. Damit wird zugleich den berechtigten Interessen der Wirtschaft Rechnung getragen.

Zwischen der Auffassung des federführenden Ausschusses und insbesondere der des mitbeteiligten Wirtschaftsausschusses haben sich zum Teil sehr erhebliche Unterschiede zu einzelnen Fragen ergeben. Der federführende Ausschuß hat versucht, eine Angleichung der Meinungen aller Ausschüsse herbeizuführen. Das ist ihm, wie ich sagen darf, zu einem erheblichen Teile auch gelungen; insbesondere sind die Empfehlungen des Rechtsausschusses, des Ausschusses für Innere Angelegenheiten, wie auch ein Teil der Empfehlungen des Agrarausschusses entweder unverändert oder in abgeänderter Form übernommen worden.

Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß — bei aller Anerkennung berechtigter wirtschaftlicher Interessen, denen der federführende Ausschuß sich keineswegs verschlossen hat — der Hauptzweck der Baunutzungsverordnung nicht außer acht gelassen werden darf. Er besteht darin, möglichst vielen Menschen für die Zukunft ein ruhiges, gesundes Wohnen zu gewährleisten. Diesem Ziele dienen alle Bemühungen um Auflockerung und Gliederung der Stadt- und Dorfgebiete. Wir stehen vor der bedeutenden Aufgabe, eine **moderne städtebauliche Planung** durchzuführen. Dabei müssen die vielfältigen und einander oft widerstrebenden Interessen der einzelnen Personen- und Wirtschaftskreise in sinnvoller Weise abgestimmt werden. Nur auf diese Weise werden ein moderner Städtebau und die Sanierung der Gebiete möglich, in denen die Bevöl-

kerung noch in unmittelbarer Nachbarschaft von störenden Betrieben der Wirtschaft wohnen muß.

Die Schaffung gut strukturierter und funktionsgerechter Ortsgefüge und damit die Sicherung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse erfordert, daß der Tendenz zu einer weitgehenden Mischung von Wohn- und Gewerbenutzung Einhalt geboten wird. Müssen wir schon viele vorhandene Gebiete mit einer solchen Mischung als gegeben hinnehmen, mit der Zielsetzung, sie alsbald zu sanieren, so sollten wir um so mehr darauf bedacht sein, in neu zu bebauenden Gebieten die Grundsätze eines modernen Städtebaues nachdrücklich durchzusetzen.

Sicherlich wird es in der Praxis nicht immer leicht sein, im Einzelfalle zu bestimmen, ob eine Anlage als „störend“, „nicht wesentlich störend“ oder „nicht störend“ anzusehen ist. Eine Verordnung kann indessen nicht alle möglichen Fälle kasuistisch regeln. Sie muß sich darauf beschränken, einen Rahmen zu setzen, der — nach den Besonderheiten des Einzelfalles — unter Berücksichtigung des Zweckes der Verordnung auszufüllen ist.

Ich komme nunmehr zu den wichtigsten **Änderungsvorschlägen**.

Der federführende Ausschuß und der Ausschuß für Innere Angelegenheiten haben empfohlen, in § 1 einen neuen Abs. 3 a einzufügen. Mit ihm soll den Gemeinden die Möglichkeit eröffnet werden, in dem Bebauungsplan festzusetzen, daß Anlagen, die in den einzelnen Baugebieten zulässig sind, ausgeschlossen werden oder nur ausnahmsweise zugelassen werden können, sofern die Eigenart des Baugebietes im allgemeinen gewahrt bleibt und seine Versorgung gesichert ist. Die beiden Ausschüsse haben sich, wie ich aus Ziff. 1 der Drucksache 53/1/62 zu ersehen bitte, bei ihrer Empfehlung von der Überlegung leiten lassen, daß es zur **Wahrung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden** notwendig sei, ihnen nicht nur die Möglichkeit zu geben, im Bebauungsplan Anlagen, die ausnahmsweise zugelassen werden können, ganz oder teilweise auszuschließen oder auch für allgemein zulässig zu erklären; es solle ihnen auch ermöglicht werden, zulässige Anlagen auszuschließen oder bei den Ausnahmen zu verbleiben. Die Gemeinden dürfen dabei allerdings nicht den durch die Verordnung gesetzten Rahmen überschreiten, weshalb die vorgeschlagene Ergänzung vorsieht, daß die Eigenart des Baugebietes im allgemeinen gewahrt und die Versorgung des Gebietes gesichert sein muß.

Wirtschafts- und Agrarausschuß haben der vorstehenden Empfehlung widersprochen mit der Begründung, daß auch ohne die Einfügung des neuen Absatzes das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde über Gebühr beschränkt werde. Die Verwirklichung der Empfehlung des federführenden Ausschusses und des Ausschusses für Innere Angelegenheiten würde den Zweck der Verordnung, möglichst einheitliche Verhältnisse hinsichtlich der Zulässigkeit von baulichen Anlagen in den einzelnen Gemeinden zu schaffen, gefährden. Der federführende Ausschuß teilt diese Bedenken nicht. Die beiden

(A) Ausschüsse bitten, ihrer Empfehlung besonderes Gewicht beizulegen.

Der Wirtschaftsausschuß hat in Ziff. 4 der Drucksache 53/1/62 empfohlen, in § 1 einen neuen Abs. 6 anzufügen. Hiernach sollen bauliche und sonstige Anlagen, die in den Baugebieten weder allgemein noch ausnahmsweise zulässig sind, im Bebauungsplan im Einzelfall zugelassen werden können, wenn dies nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse aus wirtschaftlichen, sozialen oder sonstigen Gründen gerechtfertigt und auch unter Würdigung der Interessen der Nachbarn mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

Der federführende Ausschuß und der Rechtsausschuß haben diesem Vorschlag ausdrücklich widersprochen. Beide Ausschüsse sind übereinstimmend der Meinung, daß die Empfehlung des Wirtschaftsausschusses gegen § 31 Abs. 1 des Bundesbaugesetzes verstoße, der die **Zulassung von Ausnahmen** von den Festsetzungen des Bebauungsplans abschließend regelt. Auch würde die vorgeschlagene Ergänzung eine Umgehung des § 31 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes ermöglichen, in dem die Zulässigkeit von Befreiungen vom Bebauungsplan erschöpfend geregelt ist. Mit Hilfe dieser gesetzlichen Bestimmung und nur auf diesem Wege sind die vom Wirtschaftsausschuß gewünschten Lockerungsmöglichkeiten in Notfällen zu verwirklichen. Der Baunutzungsverordnung, bei der ausschließlich städtebauliche Gesichtspunkte eine Rolle spielen, sind die Gründe, aus denen nach Meinung des Wirtschaftsausschusses die vorgeschlagenen Ausnahmen möglich sein sollen, wesensfremd.

(B)

In Übereinstimmung mit dem Agrarausschuß hat der federführende Ausschuß in § 2 Abs. 2 Nr. 1 **Gartenbaubetriebe** als in Kleinsiedlungsgebieten zulässige Vorhaben aufgeführt. Dagegen hat er der Empfehlung des Wirtschaftsausschusses — Ziff. 6 c der Drucksache 53/1/62 —, in § 2 Abs. 2 Nr. 2 die einschränkenden Worte „... die der Versorgung des Gebietes dienenden“ zu streichen, ausdrücklich widersprochen. Nach seiner Ansicht und nach der Auffassung des Rechtsausschusses bedeutet die Beschränkung auf die der Versorgung des Gebietes dienenden Betriebe keine unzulässige Bedürfnisprüfung, wie es der Wirtschaftsausschuß darstellt.

Der federführende Ausschuß hat weiter der Empfehlung des Agrarausschusses widersprochen, die nach § 2 Abs. 3 Nr. 2 in Kleinsiedlungsgebieten nur ausnahmsweise zulässigen **Anlagen für kirchliche, kulturelle und andere Zwecke** unter einer neuen Nr. 3 des Abs. 2 als zulässige Anlagen aufzuführen. Die Begründung des Agrarausschusses, es sei nicht einzusehen, warum derartige Anlagen in Kleinsiedlungsgebieten nur ausnahmsweise zugelassen werden sollen, hat den federführenden Ausschuß nicht überzeugt. Werden nämlich in den Bauleitplänen Grundstücke für den Gemeinbedarf, z. B. für Kirchen und Gebäude für andere kirchliche Zwecke, ausgewiesen, so sind sie nicht Bestandteil der Baugebiete und unterliegen deswegen nicht den dort geltenden Vorschriften. Würden Anlagen für die genannten Zwecke allgemein in Kleinsiedlungsgebieten zuge-

lassen, bestände die Gefahr, daß sie an städtebaulich und verkehrsmäßig ungeeigneten Stellen errichtet werden.

§ 2 Abs. 3 soll nach der Empfehlung des federführenden Ausschusses unter Berücksichtigung seines Änderungsvorschlages zu Abs. 2 und seiner Stellungnahme zu den Vorschlägen des Wirtschafts- und des Agrarausschusses die aus Ziff. 8 a der Drucksache 53/1/61 ersichtliche Fassung erhalten.

Der **Begriff des reinen Wohngebietes** — § 3 — ist nach Auffassung des Wirtschaftsausschusses zu eng gefaßt. Der Wirtschaftsausschuß möchte dort nicht nur Wohngebäude, sondern im Interesse der Bewohner auch Läden zur Deckung des täglichen Bedarfs und kleine Betriebe des Beherbergungsgewerbes zugelassen wissen.

Diesem Vorschlag hat der federführende Ausschuß ausdrücklich widersprochen mit der Begründung, daß bei Verwirklichung des Vorschlags das reine Wohngebiet seine Eigenart verlieren würde; in jedem Bauleitplan sei dafür zu sorgen, daß in einer auch für die Hausfrauen zumutbaren Entfernung von den reinen Wohngebieten Läden zur Deckung des täglichen Bedarfs errichtet werden. Ein Plan, der dieser Forderung nicht entspreche, könne nicht die Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde finden.

Der Agrarausschuß hat, wie aus Ziffer 10 c der Drucksache 53/1/62 ersichtlich ist, empfohlen, auch in allgemeinen Wohngebieten — § 4 der Vorlage — Gartenbaubetriebe, die nach der Vorlage dort nur ausnahmsweise zugelassen werden sollen, wie in Kleinsiedlungsgebieten unter die allgemein zugelassenen Anlagen aufzunehmen. Dieser Empfehlung hat der federführende Ausschuß widersprochen. Er begründet seinen Widerspruch damit, daß Gartenbaubetriebe mit ihrem großen Flächenbedarf in dem mit erheblichen Kosten erschlossenen allgemeinen Wohngebiet in der Regel nicht zugelassen werden können. Ließe man sie allgemein zu, so würde das die Erschließungskosten für die übrigen Grundstücke wesentlich erhöhen.

§ 4 Abs. 2 Nr. 2 soll demgemäß mit der gleichen Begründung die gleiche Fassung wie die entsprechende Bestimmung für Kleinsiedlungsgebiete — § 2 Abs. 2 Nr. 2 — erhalten, wozu ich auf Ziff. 10 a und d der Strichdrucksache verweisen darf.

§ 4 Abs. 3 Nr. 6, wonach im **allgemeinen Wohngebiet** ausnahmsweise auch **Ställe für Kleintierhaltung** als Zubehör zu Kleinsiedlungen und landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstellen zugelassen werden können, soll nach Meinung des federführenden Ausschusses gestrichen werden. Derartige Anlagen gehören nach Auffassung des Ausschusses nicht — auch nicht ausnahmsweise — in das allgemeine Wohngebiet, da sie mit der Eigenart dieses Gebietes nicht vereinbar sind und Anlaß zu einer erheblichen Störung des Wohngebietes geben können. Sie sollten im Interesse der Nachbarn nur im Einzelfalle im Wege der Befreiung nach § 31 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes zugelassen werden. Die Bestimmung erscheine zudem geeignet, der erforderlichen Auswei-

(C)

(D)

(A) sung von Kleinsiedlungsgebieten durch die Gemeinden hinderlich zu sein, da die Gemeinden sich dann auf diese Möglichkeit, Kleinsiedlungen und landwirtschaftliche Nebenerwerbssiedlungen zu schaffen, berufen könnten. Die Bestimmung diene mithin auch nicht den berechtigten Anliegen des Agrarausschusses, der ihrer Streichung ausdrücklich widersprochen hat — Ziff. 13 der Drucksache 53/1/62 —.

In den **Dorfgebieten** — § 5 Abs. 2 Nr. 5 und 10 — sollen entsprechend dem Vorschlage des Wirtschafts- und des Agrarausschusses auch Betriebe des Beherbergungsgewerbes sowie Tankstellen allgemein zulässig sein. Das sind Ziff. 14 und Ziff. 18 der Drucksache 53/1/62.

In **Mischgebieten** — § 6 Abs. 3 — sollen, wie in allgemeinen Wohngebieten, Ställe für Kleintierhaltung nicht, auch nicht ausnahmsweise, zulässig sein. Deshalb soll § 6 Abs. 3 aus den gleichen Gründen, wie sie in Ziff. 13 der Empfehlungsdrucksache für allgemeine Wohngebiete dargelegt sind, gegen den Widerspruch des Agrarausschusses gestrichen werden.

Nachhaltige Überlegungen des federführenden Ausschusses haben den in § 10 des Entwurfes behandelten **Wochenendhausgebieten** gegolten. Insbesondere in großstadtnahen, landschaftlich schönen Gebieten ist ein starkes Anwachsen der Wochenendhausgebiete zu verzeichnen. Um sicherzustellen, daß Wochenendhausgebiete breiten Schichten der Bevölkerung für Zwecke der Erholung zur Verfügung stehen und nicht durch den Bau aufwendiger Häuser zu Wohngebieten werden, hat der federführende Ausschuss vorgeschlagen, die Zweckbestimmung dieser Gebiete in der Verordnung aufzunehmen. Sie sollen dem zeitweiligen Aufenthalt zum Zwecke der Erholung dienen. Aus dem gleichen Grunde hat er empfohlen, die höchst zulässige Grundfläche der als Einzelhäuser zu erreichenden Wochenendhäuser auf 50 qm zu beschränken — Ziff. 27 der Drucksache 53/1/62 —.

Der Wohnungsbauausschuß ist dabei im Gegensatz zu der Meinung des Agrarausschusses, der sich für die Beibehaltung der Regierungsvorlage ausgesprochen hat, der Auffassung, daß die vorgeschlagene Grundfläche von höchstens 50 qm auch den Bedürfnissen großer Familien genüge. Diese Grundfläche habe sich bisher in der Praxis bewährt. Zudem könne durch den Ausbau des Dachgeschosses zusätzlich Raum geschaffen werden, so daß auch größere Familien in ihnen zur zeitweiligen Erholung Aufenthalt nehmen können. Ich meine deshalb, daß der Empfehlung des federführenden Ausschusses der Vorzug gegeben werden sollte.

Durch die vom federführenden Ausschuss in Übereinstimmung mit dem Rechtsausschuß vorgeschlagene Ergänzung des § 13 — Ziff. 28 a der Empfehlungsdrucksache — wird sichergestellt, daß außer den **Räumen für die Berufsausübung freiberuflich Tätiger** solche Räume auch für **Gewerbetreibende**, die ihren Beruf in ähnlicher Weise ausüben, in den Baugebieten zulässig sind. Gedacht ist hierbei u. a. an Handelsvertreter ohne Auslieferungslager, Versicherungsvertreter, Masseure und ähnliche. Damit

dürfte auch dem Anliegen des Wirtschaftsausschusses, wie es aus der Begründung seiner Empfehlung zur gleichen Vorschrift zum Ausdruck kommt — Ziff. 28 b der Empfehlungsdrucksache — Rechnung getragen sein. Es wird deshalb vorgeschlagen, der Ziff. 28 a der Drucksache zuzustimmen.

Der Empfehlung des Wirtschaftsausschusses — Ziff. 30 — in § 15 Abs. 1 das Wort „Anzahl“ wegen verfassungsrechtlicher Bedenken zu streichen, hat der federführende Ausschuss ausdrücklich widersprochen. Er ist in Übereinstimmung mit dem Rechtsausschuß der Meinung, daß solche Bedenken gegen die Belassung des Wortes nicht bestehen, da nach Abs. 3 der gleichen Bestimmung ausschließlich städtebauliche Gesichtspunkte, nicht dagegen auch solche des Wettbewerbs, wie vom Wirtschaftsausschuß befürchtet, berücksichtigt werden dürfen.

Unter Ziff. 32 der Drucksache 53/1/62 finden Sie den Vorschlag des federführenden Ausschusses zur Änderung des § 16 Abs. 2 und 3. Die neue Fassung bringt, worauf ich hinweisen darf, keine sachliche Änderung der Regierungsvorlage, sondern eine wesentliche, den Bedürfnissen der Praxis angepaßte Vereinfachung der bisherigen Vorschriften. Auf ihren Inhalt darf ich Bezug nehmen.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß diese auf das Wesentliche beschränkten Erläuterungen die Bedeutung der Verordnung und der von den Ausschüssen vorgelegten Empfehlungen verdeutlicht haben. Ohne dem Herrn Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses vorgreifen zu wollen, schlage ich Ihnen vor, den Empfehlungen des federführenden Ausschusses bei der Abstimmung den Vorzug zu geben. (D)

Präsident Dr. Ehard: Ich danke der Frau Berichterstatterin. — Für den Wirtschaftsausschuß berichtet der Herr Minister Dr. Leuze.

Dr. Leuze (Baden-Württemberg), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Änderungsvorschläge des Wirtschaftsausschusses** sind vor allem durch die Befürchtung veranlaßt, daß die Vorlage in der jetzigen Fassung die Gewerbefreiheit und die Freiheit des Wettbewerbs mehr einschränken könnte, als der Sinn und Zweck des Baugesetzes — insbesondere die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung, ihre Sicherheit und Gesundheit — dies notwendig machen und rechtfertigen. Wenn durch einzelne Bestimmungen der Regierungsvorlage die **Errichtung von mittelständischen Gewerbebetrieben** in neuen oder schon bestehenden **Wohn- und Siedlungsgebieten** unnötig erschwert werden kann, so bedeutet dies nicht nur für das mittelständische Gewerbe selbst, sondern auch für die Bevölkerung der betreffenden Gebiete einen Nachteil, da deren Einkaufsmöglichkeiten verschlechtert werden.

Der Wirtschaftsausschuß schlägt aus diesem Grunde vor, § 1 Abs. 4 der Regierungsvorlage zu streichen und zugleich auch die vom Wohnungsausschuß und vom Innenausschuß empfohlene Einfügung eines neuen Abs. 3 a abzulehnen. Beide Vorschriften könnten von den Gemeinden im Einzelfall

MITTEILUNGEN

ERÖFFNUNG DES BAUHAUSES DESSAU

Am 4. und 5. dieses Monats wurde in Dessau das von Professor Gropius errichtete Schul-, Werkstätten- und Wohngebäude seiner Bestimmung übergeben. Der ungeheuere Zustrom von Festgästen aus allen Teilen des Reiches und des Auslandes bewies, welche Bedeutung diesem Unternehmen heute in den führenden Schichten für künstlerische und geistige Gestaltung beigemessen wird. Ist das Bauhaus doch die Sammelfätte und auch wieder der Ausstrahlungspunkt für das geworden, was man gemeinhin „neue Baugesinnung“ nennen kann, ohne damit diesen Begriff lediglich baulicher Gestaltung zu begrenzen. Nach dem wilden Chaos uneinheitlicher, weil allen Stilen der Vergangenheit entlehnten baulichen Gestaltung des letzten Jahrhunderts, nach jener Zeit des Zurücktretens baulicher Wesenheit hinter dekoratives Geschnörkel und willkürliche Ornamentik, bereitet sich hier allmählich der Weg zu einem neuen Stilempfinden, das auf den Kern der Dinge, das Konstruktive, kurz auf das Wesen der Aufgabe eingeht und daraus die Gesetze der äußeren Gestaltung ableitet. Es wäre töricht, wollten wir heute schon fertige Resultate, reife Meisterwerke der neuen Gestaltung erwarten. Stile werden nicht in einigen Jahren geschaffen, sondern entwickeln sich in Jahrzehnten und Jahrhunderten. Aber wenn wir das in Dessau entstandene Werk, auch die klaren kubischen Gebilde der Meisterhäuser, noch so kritisch betrachten, das eine müssen wir unumwunden zugeben, daß hier eine Klarheit und Reinheit der Gesinnung sich Bahn bricht, wie wir sie heute nur an wenigen Stellen sich bereits kristallisieren sehen. Jede Anlehnung an vergangene Stile ist vermieden, aus Aufgabe und Material unserer Zeit, Beton, Eisen und Glas, sind die Bauten gefügt. Möge die Begeisterung für die neuen Baustoffe nicht zu einer Neo-Romantik führen, die das Wesen der neuen Gestaltung verwischt. Wir sind unbesorgt, denn Meister und Schüler schaffen unentwegt am Ausbau ihres geistigen und künstlerischen Werkes. Die Ausstellung architektonischer und kunstgewerblicher Arbeiten steht im allgemeinen auf erfreulicher Höhe und atmet jene gleiche, klare, kristallinische Sauberkeit, die uns in den Material gewordenen Bauwerken entgegenleuchtet. Es muß der Stadt Dessau als hohes Verdienst angerechnet werden, daß sie mit großem Aufwand diese Schule in ihre Mauern aufnahm und dort das neue, großzügige Heim schuf. Möge in Dessau alle Zeit der Weitblick in geistigen und künstlerischen Dingen die Oberhand behalten über das Gezeter des kleinen Spießertums, damit sich die jüngste Hochschule für neue Formgestaltung frei entwickeln kann.

Prof. W.

verstanden ist oder nicht. Mit diesen zwei Ausnahmen sind die besten modernen Entwürfe, wie die von Djo Bourgeois, immer für eine Handvoll ausgewählter Menschen geschaffen worden, die sich bewußt der modernen Welt angepaßt haben, und die in ihrem persönlichen Leben versuchen, die letzten Reste einer verderbten Kultur zu vertilgen, einer Kultur, die sich auf unbändiger Bewunderung des Eigentums, der finanziellen Lage des einzelnen und der Sachen, die für Geld zu haben sind, aufbaut.

Unsere moderne industrielle Ästhetik aber braucht, um erfolgreich zu sein, eine ethische Beziehung zum Leben und eine dazu passende Veränderung der vielen ehrwürdigen Sitten und Gebräuche. Wir können diese neuen Formen nur dann voll genießen, wenn wir nicht mehr von ihnen verlangen, daß sie abseits liegende Interessen befriedigen: den Drang zur Repräsentation, den Drang, über seine Mitmenschen herrschen zu wollen, den Drang, Ehrerbietung zu verlangen, und zwar Ehrerbietung nicht für das, was man ist, sondern für das, was man hat. Dadurch, daß diese innerliche Umkehr noch fehlt, ist ein guter Teil der modernen industriellen Kunst nur dem Namen nach Kunst zu nennen, und tatsächlich haben ihre exzentrischen Formen keine direkten Vorbilder in der Kunst des Barocks oder der des Mittelalters. „Modernistische“ Kunst, obgleich sie, oberflächlich gesehen, ihre Anregungen aus der maschinellen

Form beziehen und an dem abstrakten geometrischen Muster hängen mag, befriedigt keine der wirklichen Bedingungen der guten maschinellen Form: sie ist eine Luxuskunst, und die Tatsache, daß sie maschinell hergestellt werden kann, ist nur ein unwichtiger Zufall.

Wenn wir nicht den Snobismus und das Pochen auf Klassenunterschiede ausmerzen können, dann sollten wir irgendeinen Ausweg dafür finden, der weniger abstoßend wirkt als das, was man heute in der Gewerbekunst hat. Vielleicht stehen wir auf der Schwelle eines neuen Zeitalters, und wenn wir nicht die Maschine verstehen und sie gebrauchen lernen, damit sie uns hilft als Schöpferin geeigneter Lebensformen und Lebensnormen, dann wird sie uns zurückwerfen. Eine Standardisierung auf hohem Niveau würde uns die Freiheit schenken und damit neue kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten. Eine Standardisierung auf niederem Niveau, mit all dem Luxus und sinnlichen Aufwand als Ziel, würde uns eine Kultur beschern, die auf einer niedrigeren Stufe stünde als die Karthagos, denn es würde die großen, versklavten Massen mit allen Schlechtigkeiten ihrer Herren versehen. Moderne industrielle Kunst stellt uns vor zwei Möglichkeiten. Der Weg verzweigt sich: wir werden wählen müssen.

Übersetzt von Ethel Talbot Scheffauer

EXTRAIT DE TRADITION:

LA CULTURE DU CITOYEN ET LA MACHINE

Notre esthétique industrielle moderne a besoin, pour être couronnée de succès, d'une relation avec la vie éthique et avec cela d'une modification en rapport avec toutes les mœurs en usage.

Nous ne pouvons jouir complètement de ces formes nouvelles, que si nous ne réclamons d'elles que ce qui peut satisfaire des intérêts secondaires: le goût de la représentation, la volonté de dominer les autres hommes, l'attrait des honneurs, non pour ce que l'on est, mais pour ce que l'on a. Il résulte de ce renversement intérieur des conceptions qu'une

bonne partie des arts industriels modernes, n'ont de l'art que le nom, tandis qu'en réalité, leurs formes excentriques, n'ont aucune conception de l'art du baroque ou de celui du moyen-âge. « L'Art moderne », quoique vu superficiellement, tire ses impulsions des formes machinales et se rend dépendant des modèles géométriques abstraits; il ne peut donc satisfaire aux exigences réelles d'une bonne forme machinale. C'est un art de luxe et, en réalité, s'il se trouve être machinalement établi, il n'y faut voir qu'un hasard sans importance.

MENSCHENWIRTSCHAFT UND RAUMWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND

ALEXANDER SCHWAB

Im Südosten Europas — verzichten wir auf eine nähere Bestimmung dieses vagen Begriffs — kommt es noch vor, daß eine achtköpfige Bauernfamilie mit Klein- und Federvieh zusammen unter einem Dach, ja fast in einem Raum lebt. Dem englischen Industriearbeiter ist es selbstverständlich, daß er sein eigenes Häuschen hat. In den deutschen Wohnungsgesetzen seit dem Kriege gilt als Grundsatz, daß für jeden Erwachsenen ein Zimmer, und dazu noch ein gemeinsames für die Familie, zur Wohnung gehören sollte. (Die Wirklichkeit freilich ist noch weit hinter diesem gesetzgeberischen Wunschtraum zurück.)

Müßten wir uns wundern, wenn eines Tages irgendeine Stimme jenseits der deutschen Grenzen sich erheben würde, um uns vorzuwerfen, wir seien zu anspruchsvoll? Wir sollten uns keineswegs; hat man nicht ähnliches schon sogar innerhalb der deut-

schen Grenzen gehört? Aber freilich sollten wir uns mit sanfter Entschiedenheit wehren, und es mag vielleicht zur klareren Erkenntnis unserer Situation beitragen, wenn solchem hypothetischen Vorwurf schon immer fürsorglich begegnet wird.

Nein, wir sind in unseren Wohnbedürfnissen keineswegs zu anspruchsvoll, und in unserer Baupolitik, die der Befriedigung des berechtigten Wohnungsbedarfs dienen soll, sogar eher zu anspruchslos. Es ist nämlich folgendes zu bedenken: Deutschland ist ein industrielles Land. Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Deutschland ist ein Land der Städte.

Aus diesen Dingen — und aus unserem Klima, über das wohl nichts weiter gesagt zu werden braucht — resultieren Art und Gewicht unserer Ansprüche an die Wohnung.

Denn, weil wir zu wenig eigene Rohstoffe und Nahrungsmittel haben, und außerdem, weil wir ein



stark industrialisiertes Land sind, müssen wir Menschenwirtschaft treiben, und zwar Menschenwirtschaft einer ganz bestimmten Art.

Und wiederum: weil wir ein Land mit überwiegend industrieller Tätigkeit sind, sodann aber auch, weil wir zum größten Teil in Städten wohnen, müssen wir Raumwirtschaft treiben, und zwar so, daß diese Raumwirtschaft Genüge leistet sowohl den menschenwirtschaftlichen Notwendigkeiten als auch den Erfordernissen unserer Industriegewirtschaft.

Nun aber sind alle diese Dinge noch dazu in einem völligen Umbau begriffen. Der Krieg selbst, sein Ausgang und alle Ereignisse seither haben unaufhörlich mit ungeheurer Geschwindigkeit alle Voraussetzungen unserer Menschenwirtschaft und unserer Raumwirtschaft umgewälzt und immer wieder umgewälzt. Und diese Umwälzungen sind noch lange nicht am Ende. Wir haben den Umbau, den wir brauchen, um den Anforderungen der Lage gerecht zu werden, noch bei weitem nicht beendet, ja, wir haben ihn kaum eben erst begonnen.

Das heißt: unsere Menschenwirtschaft und unsere Raumwirtschaft (mithin auch unsere Baupolitik) dürfen nicht statisch, sie müssen vielmehr dynamisch sein.

Das ist aber wohl die schwerste Anforderung, die an Baupolitik und Bauwirtschaft gestellt werden kann. Ja, man kann sagen: der Gedanke einer dynamischen Baupolitik ist geradezu paradox. Denn von allen menschlichen Tätigkeiten ist neben dem Ackerbau der Hausbau diejenige, die am meisten zum Festen, Stablen, Bleibenden drängt: ein Haus, wenn es erst fertig gebaut ist, steht nun eben einmal da, so wie es ist; eine Stadt, eine Siedlung ist eben an ihrem Fleck und bewegt sich nicht. Dennoch müssen wir dies Paradoxe einer dynamischen Baupolitik zu realisieren suchen.

Neben dieser Aufgabe scheint die der Menschenwirtschaft, die ja ein Teil davon ist, verhältnismäßig einfach zu sein. Man hat die Wahrheit, daß die menschliche Arbeitskraft der eigentliche Reichtum Deutschlands sei, seit dem unvergeßlichen Friedrich Naumann in Ministerreden schon ein wenig kreuzlahm geritten; wahr bleibt sie dennoch. Aber man muß auch recht verstehen, was sie besagt: nämlich, daß der deutsche Mensch mehr arbeiten muß und besser arbeiten muß — vor allem besser arbeiten! — als alle anderen europäischen Völker, wenn er Schritt halten will. Wir können weder aus Rohstoffmonopolen und reichen Kolonien reichen Gewinn haben, noch uns genügsam von eigener Scholle nähren: wir müssen industrielle Qualitätsproduktion aufs höchste entwickeln.

Und die hochqualifizierte Arbeitskraft, die hierzu nötig ist, braucht schon zu ihrer physischen und psychischen Reproduktion eine Wohnung, die ein Gegengewicht zu Lärm, Staub, Hast, Einordnungszwang, Nervenbelastung der Fabrik sichert. Dann aber erfordert der Anspruch auf Qualitätsleistung in der Produktion auch einen gewissen Standard des täglichen Lebens außerhalb der Produktion. Arm-selige Nomaden mögen herrliche Teppiche weben — Telefonapparate, Motoren oder chemische Gläser können sie nicht herstellen, und wenn sie es lernen, werden sie nicht mehr wie Nomaden hausen können.

Aber freilich: etwas vom Nomaden haben auch die modernen Industriearbeiter an sich. Seit Jahr-

zehnten wandern sie ständig vom Lande in die Stadt: die Städte mit mehr als 100000 Einwohnern beherbergten 1871 erst 5,6 v.H., 1925 schon 26,8 v.H. der deutschen Bevölkerung. In den eigentlichen Industriegebieten leben heute zwei Drittel der deutschen Menschen. Und neben diesem Wanderzug der Jahre und Jahrzehnte gibt es die beiden täglichen Wanderungen der Millionen: von der Wohnung in die Fabrik, von der Fabrik in die Wohnung, täglich viele Millionen von Wegstunden, bewältigt zu Fuß, mit der elektrischen oder der Dampf-Bahn.

Hier beginnt die Problematik der Raumwirtschaft. Denn wer möchte behaupten, daß die ungeheuren volkswirtschaftlichen Kosten dieses Verkehrs durchweg produktive Kosten seien, unerlässlich zur Sicherung der Volksgesundheit? Die einen wollen Wohnviertel und Fabrikviertel völlig voneinander trennen, eben im Interesse der Volksgesundheit — aber in der Praxis sind die Viertel meist noch gemischt; die andern behaupten, der Elektromotor ermögliche für viele Industrien die bauliche Zusammenlegung von Fabrik und Arbeitersiedlung, durch die man Verkehrskosten (einschl. Zeit) spare — aber auch das ist bis jetzt nur Programm. Und welches der beiden Prinzipien ist richtig?

Man könnte diese Frage — vielleicht — theoretisch lösen innerhalb eines Beharrungszustandes. Aber die Raumwirtschaft, die Siedlungspolitik, die Baupolitik, die Deutschland treiben muß, ist kein statisches sondern, wie schon gesagt wurde, ein dynamisches Problem.

Der Strom der Geschichte fließt nicht zu allen Zeiten gleich rasch. Selten war sein Tempo so reißend wie heute. In Deutschland ist es besonders die Umlagerung der wirtschaftlichen Kräfte, die die Aufmerksamkeit auf sich zieht. In den letzten vier Jahren ein Anwachsen der Arbeitnehmer um 2,8 Millionen Köpfe, 1,8 Millionen mehr als die Bevölkerungsbewegung hätte erwarten lassen. Welche Riesenzusammenschlüsse der Industrie, welcher unaufhörliche Prozeß technischer und organisatorischer Rationalisierung, welche Not großer Teile der getreidebauenden Landwirtschaft! Große Industriezweige, teils in wenigen Jahren aufgebaut, teils von alters her blühend, werden unter Schlägen von den Auslandsmärkten her fast zerbrochen. Weite Grenzbezirke drohen zu veröden, wenn ihnen nicht die Umstellung auf die neuen Verhältnisse gelingt.

Wer weiß in dieser erst begonnenen Umordnung, die doch vielfach auch eine räumliche Umstellung bedeutet, wer weiß zuverlässig, wo neue Industrien und neue Arbeitersiedlungen richtig, d.h. mit Aussicht auf Gedeihen und Bestand, angelegt werden können?

Vielleicht ist — wer weiß es? — der zehnte oder achte Teil unserer Industrien mit einer Millionenzahl von Arbeitnehmern heute am falschen Standort, bedarf einer Umsiedlung — aber wie und wohin? Vielleicht, ja wahrscheinlich, muß man die großen Städte weitgehend auflockern, sicherlich muß man den Millionen, die an der Maschine arbeiten, die Möglichkeit eröffnen, in ihren freien Stunden ein Stückchen Land zu bearbeiten. Sicherlich muß es diesen Millionen möglich werden, ihre Kinder in gesunder und natürlicher Umgebung aufwachsen zu lassen.

Denn auch das gehört zu der Menschenwirtschaft, die wir nötig haben. Das deutsche Industrievolk hat nicht mehr Lust, eine Überzahl von Kindern in eine

Welt voll Ruß und Lärm zu setzen. Es will für seinen Nachwuchs, der an Zahl abnimmt, Licht und Luft und alle Bedingungen gesunden Wachstums. Und dieser Wille ist eine wirtschaftliche Existenznotwendigkeit: unsere Kinder müssen einst Qualitätsarbeiter von Rang werden, wenn sie leben wollen.

Daß die moderne Großstadt an einem Punkt ihrer Entwicklung angelangt ist, an dem eine entscheidende Wendung gemacht werden muß, das weiß man in Paris oder etwa in Lille so gut wie in Berlin oder Breslau. Man weiß es — aber man fühlt es dort kaum so lebhaft, wie es in Deutschland auch der einfache Mann fühlt, einfach deshalb, weil in Frankreich die ländliche Bevölkerung im Verhältnis zur städtischen noch viel stärker ist als in Deutschland.

Wie es in Deutschland ist, kann jeder sehen, der mit dem Zug in eine der deutschen Großstädte einfährt. Fast an jeder Bahnstrecke sieht er, weit vor den Vorstädten draußen und sich fortsetzend bis an die Stadt heran, eingeschoben in jede Lücke zwischen Fabriken und Mietskasernen, die weiten Flächen der Laubengelände. Blumen (der Deutsche ist ein Blumennarr), Gemüse, Hühner, Kaninchen, aufgehängte Wäsche, dazwischen all die kleinen Häuschen, Buden, Baracken, aus Holz, aus Kistenbrettern, aus Wellblech, viele mit roten oder schwarzrot-goldenen Fahnen. Gewiß kein Ideal, aber in der enormen Ausdehnung ein lautes, nicht zu überhörendes Zeugnis für die Sehnsucht der Industriearbeitermassen. Sie wollen nicht etwa zurück aufs Land; aber sie wollen die Arbeit in der Industrie und die Freuden und Bildungsmöglichkeiten der Stadt ver-

binden mit den gesunden Lebensfaktoren, die in einem kleinen Stückchen Erde, unter Sonne und freiem Himmel, ruhen.

Aber in der Zivilisation hat die Erde überall Grenzen. Und darum ist das Problem der deutschen Siedlungs- und Baupolitik noch in anderem Sinne ein dynamisches Problem, als es oben gezeigt wurde. Nicht nur die Dynamik der wirtschaftlichen Verschiebungen wirkt mit, sondern auch die politische Dynamik. Eine Grenze auf der Erdoberfläche ist immer eine politische Tatsache, ob es nun die Grenze eines Landes, einer Stadt oder einer Bauparzelle ist.

Deshalb stößt die Raumwirtschaft bei Verfolgung ihrer Aufgaben immer und überall auf Probleme und Hindernisse der Staats- und Verwaltungspolitik. Kein Eigentum wird so zäh und erbittert verteidigt wie das Eigentum an Grund und Boden. Die Raumwirtschaft, die das deutsche Volk treiben muß und zu treiben versucht, gerät naturgemäß ständig in Konflikt mit dem Privateigentum an Grund und Boden, das den einzelnen Gliedern dieses Volkes zusteht. Dazu kommen die Konflikte zwischen den unteren Verwaltungsbehörden, also besonders zwischen Stadtverwaltungen, Landgemeinden und Landkreisen; in der ganzen Welt kennt man ja den natürlichen Partikularismus der Ressorts

So mündet schließlich das Problem der Menschen- und Raumwirtschaft in Deutschland ein in die große Auseinandersetzung über ein neues Gleichgewicht zwischen Gesamtinteresse und Privatinteresse, die vielleicht überhaupt das Signum unserer weltgeschichtlichen Epoche ist.

BUCHBESPRECHUNG

Wilhelm von Bode: „Mein Leben“, 1. Band. Umfang 205 Seiten und 16 Tafeln auf Kunstdruckpapier. In Halbleder gebunden Preis 10 RM. Verlag Hermann Reckendorf G. m. b. H., Berlin SW 48.

Der erste Band von Bodes Lebenserinnerungen, der soeben im Verlag Reckendorf erschienen ist, berichtet über Jugend, Bildungsweg und das erste Jahrzehnt der amtlichen Tätigkeit an den Berliner Museen. Mit Liebe und nicht ohne berechtigten Familienstolz gedenkt der Verfasser der Eindrücke seiner Kindheit, und es tauchen in den Seiten, die von den Lehr- und Wanderjahren handeln, ein paar Namen, vor allem der des Freiherrn von Liphart auf, die mit Verehrung genannt werden. Bode hat in späterer Zeit keine allzu gute Meinung von den Menschen gehabt. Ihm ging es in seinem ganzen Leben nur um die Sache, der er diente, um seine Museen, und wo er Widerstand gegen seine Pläne fand, da konnte er sehr gründlich hassen. Graf Usedom, der kurz vor Bodes Anstellung als Assistent zunächst der plastischen Abteilung zum Generaldirektor der Museen ernannt worden war, muß sich manchen harten Vorwurf gefallen lassen, und Julius Meyer, der als Direktor der Gemädegalerie Bodes eigentlicher Vorgesetzter war, wird um seiner Unentschlossenheit willen nicht minder scharf getadelt. So werden Bodes Lebenserinnerungen zu einer Anklageschrift. Sie berichten in diesem ersten Teile weniger von Erfolgen als von verpaßten Gelegenheiten. Immer wieder scheiterten Ankaufspläne Bodes an bürokratischen Widerständen und an der

Zaudertaktik seiner Vorgesetzten. Es ist ein Jammer, zu hören, wie viele großartige Gelegenheiten in jenen Jahren aus nichtigen Gründen versäumt wurden. Mittel standen zur Verfügung. Aber es schien den maßgebenden Instanzen wichtiger, die Gipsabgüsse der antiken Rossebändiger vom Quirinal zu beschaffen, als eine heut hochberühmte Handzeichnungssammlung zu erwerben, die um den gleichen Preis zu haben war. Eine Kopiensammlung und ein Gipsmuseum waren die idealen Ziele der Kunstverwaltung zu einer Zeit, als Meisterwerke aller Epochen nach um heut märchenhaft gering scheinende Summen angeboten waren. Gegen solche Sinnesart anzukämpfen und seine eigenen Pläne bald offenen, bald geheimen Widerständen zum Trotz endlich zu verwirklichen, war Bodes Aufgabe, und es ist sein unvergängliches Verdienst, daß er die Möglichkeiten seiner Zeit erkannte, daß er schon als junger Assistent den Ankauf hervorragender Kunstwerke durchsetzte, und daß er darüber hinaus in den Jahren freier Entfaltung seiner Kräfte den Museen der Reichshauptstadt Weltgeltung verschaffte. Berichtet der erste Band von Bodes Lebenserinnerungen von dem traurigen Scheitern mancher schönen Pläne, so darf man hoffen, in dem zweiten Bande von um so glücklicherem Gelingen zu hören und die Geschichte des großartigen Aufstiegs der Berliner Museen zu lesen, die mit dem Namen Bodes für immer verbunden bleiben wird.

Glaser

Mies van der Rohe Architekturlehre am Bauhaus und in Chicago

Michael Siebenbrodt

Von den mehr als 60 Schaffensjahren als Architekt und Formgestalter hat Mies van der Rohe seine Erfahrungen 23 Jahre lang als Lehrer direkt an die nachfolgende Gestaltergeneration weitergegeben.

Die Lehrtätigkeit als Direktor des Bauhauses in Dessau und Berlin von 1930 bis 1933 und zugleich als Leiter der Bau- und Ausbauabteilung bildet den ersten Schwerpunkt seines pädagogischen Schaffens, den zweiten die Leitung der Architekturabteilung am Illinois Institute of Technology in Chicago von 1938 bis 1957.

Wenn ich an gleicher Stelle anlässlich des 3. Internationalen Bauhauskolloquiums zum pädagogischen Wirken von Walter Gropius gesprochen habe, drängen sich natürlich kritische Vergleiche auf, angefangen bei den Biografien bis hin zu den Lehrkonzeptionen.¹

Alle drei Bauhausdirektoren, Hannes Meyer eingeschlossen, sind bekanntlich durch ihre Elternhäuser von frühester Kindheit an mit dem Bauen in direkter Berührung. Weitgehende Übereinstimmung zeigen auch die Lehrjahre, die nicht durch einen akademischen Bildungsgang auf einer technischen Hochschule oder Kunstakademie gekennzeichnet sind, sondern durch das Sammeln praktischer Erfahrungen in verschiedenen Entwurfsbüros, auf Baustellen und auf Studienreisen. Nicht zuletzt wird immer wieder auf die Mitarbeit von LE CORBUSIER, GROPIUS und MIES VAN DER ROHE im Büro von Peter BEHRENS hingewiesen. Diese Faktoren haben ohne Zweifel sowohl zur Ausprägung ähnlicher Architekturauffassungen beigetragen, die in der Bewegung des Neuen Bauens mündeten, als auch zu angenäherten pädagogischen Grundpositionen.

Zur Entwicklung des Lehrprogrammes am Bauhaus 1930–1933

Als MIES VAN DER ROHE am 5. August 1930 nach der fristlosen Entlassung Hannes MEYERS auf Vorschlag von Walter GROPIUS die Leitung des Bauhauses in Dessau übernimmt, beginnt er einen Umstrukturierungsprozess, der mit dem Studienplan für das Bauhaus Berlin im Oktober 1932 seinen Abschluß findet.

Bereits in der ersten und bekanntesten Schemadarstellung des Studienganges am Bauhaus von 1922 wird eine dreistufige Ausbildung mit der einsemestrigen Vorlehre, einer dreijährigen Werkstattausbildung sowie einer darauf aufbauenden zeitlich nicht spezifizierten Baulehre dargestellt.² Die praktische Arbeit in den Werkstätten bzw. im Entwurfsbüro und auf der Baustelle steht in allen Ausbildungsabschnitten im Mittelpunkt.

Erst mit der Berufung Hannes Meyers im April 1927 wird endlich nach achtjährigem Bestehen des Bauhauses eine regelrechte Architekturausbildung aufgebaut.³

Die Ausbildung in der Bauabteilung sollte insgesamt 9 Semester umfassen und in 4 Stufen erfolgen:

1. obligatorischer Besuch des einsemestrigen Vorkurses
2. zwei Semester Ausbildung in einer der Ausbauwerkstätten: Metallwerkstatt, Tischlerei oder Wandmalerei
3. Baulehre vom 4. bis 6. Semester und
4. Bauatelier mit dem Abschluß Bauhausdiplom im 7. bis 9. Semester

Unter dem Direktorat von Hannes Meyer wird die Werkstattarbeit noch ausgebaut, werden die Werkstätten zunehmend „Laboratorien für die Industrie“, wie es Walter GROPIUS bereits gefordert hatte, und sie erweitern ihren Produktivbetrieb.

Hannes MEYER fördert außerdem die wissenschaftlich fundierte Wissensvermittlung sowohl mathematisch-naturwissenschaftlicher als auch gesellschaftswissenschaftlicher Grundlagen, die zum überwiegenden Teil durch Gastlehrkräfte getragen wird.⁴

MIES VAN DER ROHE übernimmt die Leitung des Bauhauses in einer wirtschaftlich und politisch komplizierten Situation. Die Werkstätten bekommen immer weniger Aufträge. Vertraglich zugesicherte Bauaufträge der Stadt fallen der Wirtschaftskrise zum Opfer.⁵ Die Werkstattarbeit tritt gegenüber dem Lehrbetrieb zurück. Baulichen Ausdruck findet dieser Trend im Umbau des Atelierhauses in ein Unterrichtsgebäude mit Klassenräumen.

Der dreistufige Studiengang mit Vorkurs, zwei Semestern Grundlagen- und drei Semestern Fachstudium wird beibehalten, nun aber auch für die neuformierte Bau- und Ausbauabteilung übernommen. MIES strebt nach einer weiteren Verkürzung der Studiedauer, und statistische Untersuchungen belegen die Abnahme der durchschnittlichen Studiendauer bis zum Diplomabschluß von 8 auf 6 Semester.⁶

Mit drastischen Sparmaßnahmen gelingt es MIES VAN DER ROHE, die Ausgaben gegenüber 1926 auf fast die Hälfte zu reduzieren, z. B. von 250 000 Mark 1930 auf 150 000 Mark 1932.⁷ Bedeutende Substanzverluste hinsichtlich der Komplexität der Ausbildung, der vielfältigen Anregungen auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet sind aber nicht zu übersehen, wenn man beispielsweise an die fast vollständige Streichung der Honorarmittel für Gastlehrkräfte denkt. Auch die Zahl der ständigen Lehrkräfte nimmt ab. Gegenüber 20 im Jahre 1929 sind in Berlin 1932 noch 9 tätig.⁸

Die Zusammenfassung der Bau- und Ausbauabteilung widerspiegelt die neue inhaltliche Tendenz zur Integration von Architektur und Innenarchitektur und wird durch die Konzentration der Lehrkräfte in diesem Bereich mit MIES VAN DER ROHE, HILBERSEIMER, REICH, REICHEL und ENGEMANN unterstützt.

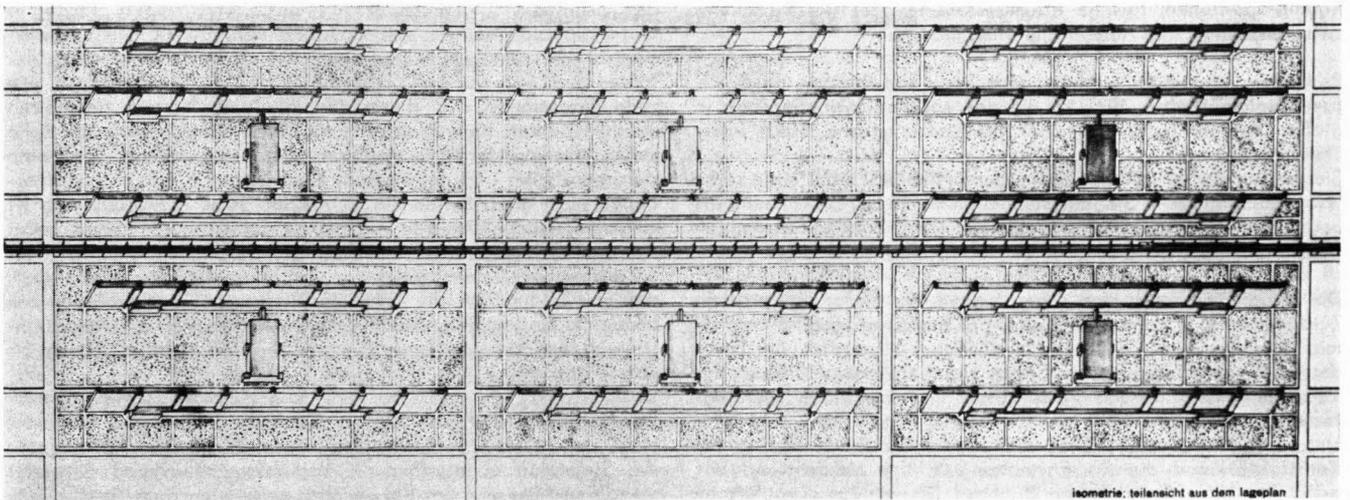
Die ursprüngliche Konzeption des Bauhauses, die dominierende Werkstattarbeit durch wissenschaftliche und künstlerische Kurse zu ergänzen, kehrt sich spätestens unter den Zwängen der Privatisierung des Bauhauses 1932 um, wenn MIES schreibt: „Der theoretische Unterricht (wird) durch praktische Versuchsarbeit ergänzt“.⁹ Andererseits bleibt die praxisorientierte Ausbildung stets ein pädagogisches Grundprinzip von MIES VAN DER ROHE. Statt einer akademischen Vorbildung fordert er möglichst eine berufspraktische Arbeit vor Studienantritt und die Nutzung der Sommerpause zur Arbeit auf der Baustelle.

Der Versuch MIES VAN DER ROHES, den Studiengang am Bauhaus zu rationalisieren, mit einem Minimum an Zeit und Lehrkräften auszukommen, führt zwangsläufig zu einer starken Verschulung, zur Reduzierung der schöpferischen Freiräume. Dem täglichen Pflichtstundenpensum von 9 bis 17 Uhr mit 35 Wochenstunden stehen nur der Sonnabend und die Abende zu freien Studien gegenüber. Die Fülle von Lehrfächern bzw. Lehrkomponenten ist vergleichbar mit dem Studienprofil technischer Hochschulen oder Universitäten und beinhaltet beispielsweise für das Grundstudium von zwei Semestern: Roh- und Ausbaukonstruktion in Verbindung mit konstruktiven Entwürfen, Festigkeitslehre und Statik, Eisen- und Eisenbetonkonstruktion, Heizung, Lüftung, Installation, Beleuchtung, Veranschlagen, Möbelkonstruktion, Perspektive, Farbenlehre und schließlich am Ende auch Werkstattarbeit. Selbst im 1. Semester ist die „werklehre, die der entwicklung von material- und raumgefühl dient“ nur noch ein Aspekt neben Mathematik, darstellender Geometrie, gegenständlichem Zeichnen, Schriftzeichnen, Materialkunde und Farbenlehre.¹⁰

Dieser pragmatische Aspekt im Ausbildungsgang des Bauhauses unter MIES VAN DER ROHE hat eher den spezialisierten Gestalter für die Praxis zum Ziel, als den universellen Architekten, der alle künstlerischen Disziplinen am Bau vereinen kann. Dieser Verlust an Universalität in der pädagogischen Konzeption wurde durch die schöpferische Kraft, die fachliche Qualifikation und die persönliche Ausstrahlung MIES VAN DER ROHES ausgeglichen, wie das seine Schüler bestätigen. Während HILBERSEIMER vorwiegend den Baulehreunterricht erteilte und Städtebau lehrte, hielt MIES VAN DER ROHE das „Bauseminar“ in den letzten Semestern mit komplexen Entwurfsaufgaben und höherem künstlerischen Anspruch.¹¹

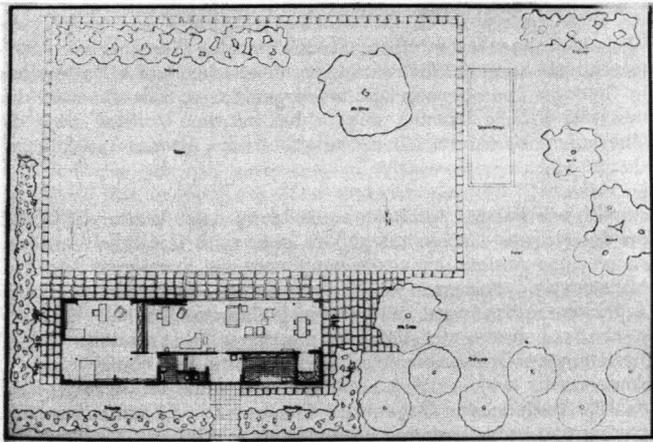
Mies stellte den Studierenden sehr präzise Aufgaben und schätzte Einfamilienhäuser verschiedener Form und Größe als Studienobjekte, da hier die Komplexität der Architektur, die Wechselbeziehungen zwischen Konstruktion, Funktion und Form überschaubar blieb.

An dieser Objektgruppe wurden auch Fragen der Typisierung und Normierung, der Industrialisierung im Bauwesen behandelt sowie

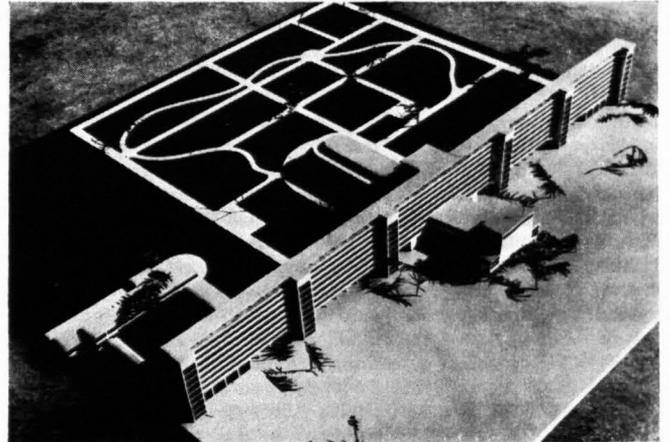


isometrie, teilansicht aus dem Lageplan

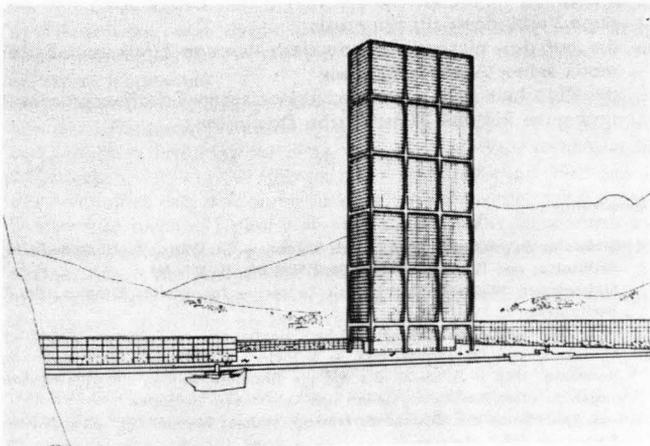
1 Entwurf einer sozialistischen Stadt. Diplomarbeit am Bauhaus Dessau von Reinhold Rossig, 1931



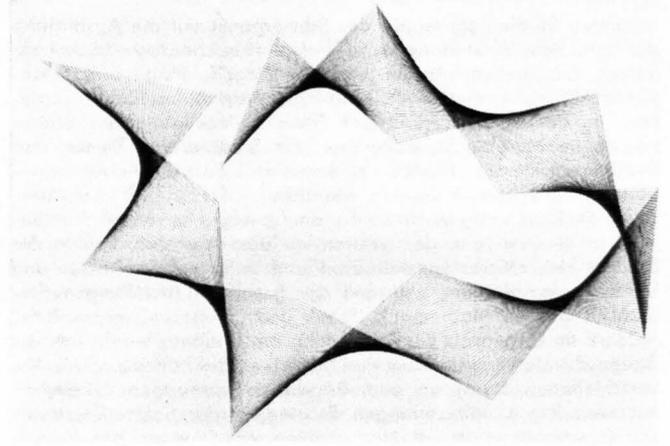
2 Entwurf eines Wohnhauses von Hermann Klumpp. Sommerseminar Mies van der Rohe 1932



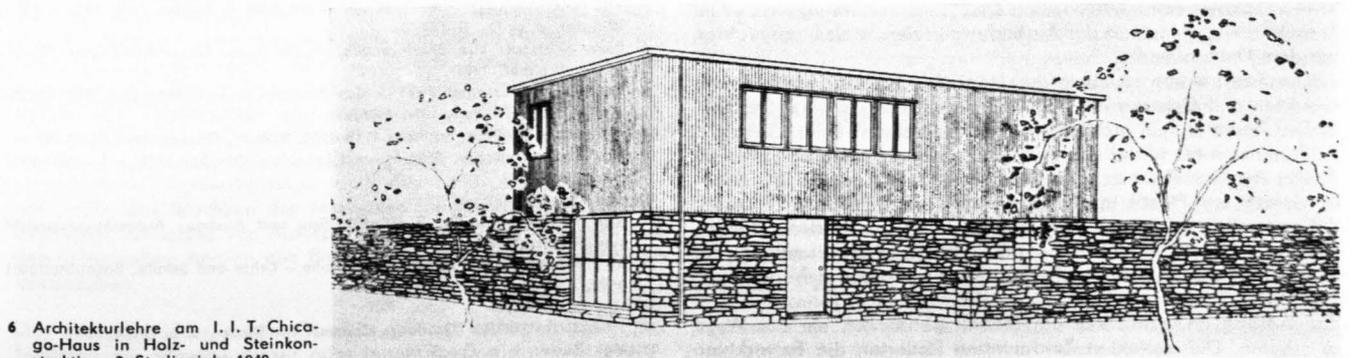
3 Studentenwohngemeinschaft in einem Universitätsviertel. Diplomarbeit am Bauhaus Dessau von Jean Weinfeld, 1932



4 Vorschlag für ein 86geschossiges Hochhaus in Stahlbeton. Abschlußarbeit am I. I. T. Chicago von Myron Goldsmith, 1953



5 Parabelübung. Visual training am I. I. T. Chicago bei Walter Peterhans



6 Architekturlehre am I. I. T. Chicago-Haus in Holz- und Steinkonstruktion, 2. Studienjahr 1940

Raumproportionen, farbige Raumgestaltung oder die Beziehung zwischen Innen- und Außenraum untersucht.

Besonders interessant erscheint eine Serie von Semesterabschluß- bzw. Diplomarbeiten 1931/32, die den sozialen Wohnungsbau in großen Arbeitersiedlungen oder die „sozialistische Stadt“ zum Thema haben.

Sie greifen sowohl städtebauliche Ideen HILBERSEIMERS, wie seine „Nachbarschaften“ – Siedlungseinheiten mit 10 000 Einwohnern, als auch Ideen sowjetischer Architekten mit ihren Bandstadtstrukturen und Kommunehäusern auf.

Die Studienarbeiten sind überwiegend in einfacher, präziser Zeichentechnik in schwarzer Tusche auf Karton ausgeführt und oft mit Maschinenschrift (teilweise als Collage) beschriftet. Bei Farbuntersuchungen dominieren Spritz- und Collagetechniken. Zur Raumdarstellung werden Perspektiven und Isometrien gleichberechtigt genutzt.

Unter MIES VAN DER ROHE rückten die Formbeherrschung der Konstruktion und die Raumgestaltung in den Vordergrund des architektonischen Entwurfes am Bauhaus. Die von ihm ausgeführten Bauten wurden oft zu Leitbildern, die teilweise von den Studierenden mehr bewundernd nachgeahmt als schöpferisch interpretiert oder weiterentwickelt wurden.

Architekturlehre am Illinois Institute of Technology in Chicago

Nach seiner Emigration in die USA wurde MIES VAN DER ROHE im Herbst 1938 zum Leiter der Architekturabteilung am Armour Institute, dem späteren Illinois Institute of Technology in Chicago berufen. Seine Antrittsrede, die er am 20. November 1938 hielt, ist noch in Deutschland konzipiert, wie das Original belegt, das mit dem Nachlaß seines Berliner Büros 1964 von der DDR an MIES VAN DER ROHE übergeben wurde. Bereits 1937 hatte MIES in New York sein „Programm für die Architekturausbildung“ niedergeschrieben, das auf intensiven Aussprachen mit seinen Freunden vom Bauhaus Ludwig HILBERSEIMER, Walter PETERHANS und Lilly REICH sowie den amerikanischen Bauhausstudenten John B. RODGERS, William PRIESTLEY und Howard DEARSTYNE vorbereitet wurde.¹² So flossen vielfältige Erfahrungen und einige Elemente der Ausbildung am Bauhaus in das Lehrprogramm ein, wurden durch Hilberseimer und Peterhans selbst am IIT weitergeführt.

Im ersten Studienjahr wurde der Schwerpunkt auf die Ausbildung der visuellen Vorstellungskraft und die zeichnerische Schulung gelegt, im zweiten wurden einfache Ziegel-, Holz- und Steinstrukturen erlernt sowie Maß- und Proportionsstudien getrieben. Im dritten Jahr stand der Entwurf eines einfachen Wohnhauses im Mittelpunkt, außerdem das Studium von Beton- und Stahlkonstruktionen. Die Lösung komplexer Entwurfsaufgaben anhand entsprechender Bauten wie Schulen, Theater, Hotels usw. sowie die Einführung in die Stadtplanung folgte im vierten Studienjahr. Im fünften Jahr, dem letzten vor dem Abschluß, konnte der Student sich stärker spezialisieren und zwischen Architektur und Stadtplanung wählen. Während der gesamten fünfjährigen Studienzeit wurden Mathematik, Statik und „Geisteswissenschaften“ gelehrt. Im Gegensatz zur Ausbildung am Bauhaus wurde intensiv Baugeschichte vermittelt, um den Studenten die Prinzipien, die den verschiedenen Bautypen und Bauweisen vergangener Epochen zugrunde lagen, nahezubringen. Es ging um das tiefere Verstehen der Geschichte, nicht um Nachahmung, sondern um das klarere Verständnis der Gegenwart.¹³

1944 verdichtet MIES VAN DER ROHE seine Erfahrungen zu fünf Thesen, die Gegenstand der Ausbildung in den letzten zwei Jahren vor dem Diplom sind:

1. Die Konstruktion ist ein architektonischer Faktor: ihre Möglichkeiten und Grenzen
 2. Der Raum als ein architektonisches Problem
 3. Proportion als Mittel des architektonischen Ausdrucks
 4. Der Ausdruckswert des Materials
 5. Malerei und Plastik in ihrer Beziehung zur Architektur¹⁴
- Ein spezieller Kurs, eine Art Aufbaustudium nach dem Diplom, führte weiter zur Qualifikation als „Master of Architecture“, zur Anwendung dieser Prinzipien auf höchster Gestaltungsebene.

Von Anfang an wurde viel am Modell gearbeitet, um das Auge zu schulen. Die perfekten Zeichnungen förderten die Entwicklung

des technischen und konstruktiven Gestaltungsaspekts. Rhythmus und Proportion wurden mit Collagen verdeutlicht. Das Schwerkgewicht lag immer wieder auf den konstruktiven Möglichkeiten der Materialien und Konstruktionssysteme, und es ist erstaunlich, wie viele Variationen aus dieser Grundhaltung heraus geschaffen werden konnten. Viele Probleme, mit denen sich Mies van der Rohe selbst auseinandersetzte, wurden zuerst mit seinen Studenten durchgearbeitet und mit Skizzen, Zeichnungen, Collagen und Modellen nach allen Seiten hin untersucht. Mies entwickelte am IIT zukunftsweisende Projekte mit seinen Schülern, oft lange bevor sich eine Gelegenheit zu ihrer Ausführung bot.¹⁵ Er lehrte weniger als dozierender Vortragender, sondern hauptsächlich als „Meister“, der am Zeichentisch die Entwurfslösungen mit seinen Studenten besprach. Es ging ihm dabei nicht um Reflexionen zur Aufgabenstellung, sondern um deren Präzisierung und Durcharbeitung bis zum Detail.

Der Unterricht fand nach 1946 im Gebäude der „Alumni Memorial Hall“ des IIT statt, später in der „Crown Hall“. Dadurch erlebten die Studenten unmittelbar die architektonischen und Entwurfsprinzipien Mies van der Rohes. Stets arbeiteten auch Studierende in seinem Architekturbüro an der Ausführung wichtiger Projekte mit.

Wie wir nachgewiesen haben, wurden einzelne Elemente der Architekturausbildung des Bauhauses am Illinois Institute of Technology in Chicago übernommen und weitergeführt, so zum Beispiel das intensive visuelle Training vergleichbar mit dem Vorkurs sowie die Übernahme bewährter Übungsaufgaben bzw. ganzer Ausbildungsdisziplinen.

Ähnlich wie bei der Architekturausbildung unter Walter GROPIUS an der Harvard-Universität gab es aber auch deutliche Veränderungen und Anpassungserscheinungen an die amerikanischen Verhältnisse und tradierten Ausbildungsformen, so in bezug auf die Aufnahmebedingungen (bürgerliche Bildungsprivilegien), die weitgehende Aufgabe des Werkstattprinzips und veränderte Praxisbeziehungen. Der soziale Aspekt trat weiter in den Hintergrund.

Andererseits wirken Werk und Lehrkonzeption MIES VAN DER ROHES auch in der Gegenwart, in einer Zeit bedeutender technischer und technologischer Veränderungen mit ihren sozialen Auswirkungen, anregend weiter durch

- die Bejahung und Beherrschung der modernen Technik,
- die solide Beherrschung der beruflichen Grundlagen und die enge Verbindung zur Baupraxis,
- die auf das Wesentliche orientierte strenge Logik und Systematik seiner Ausbildung sowie
- die Ganzheitlichkeit des architektonischen Schaffensprozesses und seine kulturell-künstlerische Deminon.

Anmerkungen

- 1 Siebenbrodt, Michael: Gropius als Lehrer. — In: *Wiss. Z. Hochschule für Architektur und Bauwes.* Weimar 29 (1983) 5/6, S. 419–421
- 2 Siebenbrodt, Michael: Gropius als Lehrer. — In: *Walter Gropius, Bd. 2*, Berlin 1986
- 3 Vgl. Die Satzungen des Staatlichen Bauhauses zu Weimar. Broschüre herausgegeben im Januar 1921. — In: *Hans-M. Wingler: Das Bauhaus, Bramsche, 1962.* — S. 53–56. Bis auf die Baulehre werden detaillierte Aussagen zu allen Ausbildungsteilen und Lehrfächern getroffen.
- 4 Vgl. Lehrschema des Bauhauses Dessau, Hannes Meyer 1928. — In: *Meyer-Sammlung HAB Weimar*
- 5 Vgl. Hannes Meyer: *Erfahrungen einer polytechnischen Erziehung.* — In: *H. Meyer: Bauen und Gesellschaft*, Dresden 1980, S. 78–88
- 6 Vgl. Dienstvertrag Mies van der Rohe vom 5. August 1930, § 5. — In: *Wingler, a. a. O.*, S. 173
- 7 Folke Dietzsch: *Die Studierenden am Bauhaus.* Unveröffentlichtes Manuskript, Weimar, 1986
- 8 Vgl. Haushaltsvoranschläge für das Bauhaus Dessau 1931 und 1932. Stadtarchiv Dessau, Inventar-Nr. 1175 und 1176
- 9 Christian Schädlich: *Bauhaus 1919–1933*, 2. Aufl., Dessau, 1985, S. 56–58
- 10 Vgl. *Bauhaus Berlin, Studien- und Lehrplan*, Oktober 1932. — In: *Wingler, a. a. O.*, S. 188
- 11 wie 9, S. 188–191
- 12 Vgl. *Wingler a. a. O.*, S. 487–491, *Bau und Ausbau: Architekturunterricht und Ausbauseminar*
- 13 Vgl. *Werner Blaser: Mies van der Rohe – Lehre und Schule*, Basel/Stuttgart 1977, S. 7–11
- 14 wie 12, S. 10
- 15 IIT-Bulletin 1944/45 (Graduate Course). In: *Blaser, a. a. O.*, S. 10
- 16 Vgl. *Blaser, a. a. O.*, S. 84